

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Afghanistan-Urteil: Jetzt kann sich Deutschland überall verteidigen – Seite 4**
- **Stoiber hofiert Russland, Beckstein die Türkei: Auf der Strecke bleiben gute Nachbarschaft und demokratische Rechte – Seite 7**
- **„Warum sollte sich die Moschee verstecken, sie hat die angemessene Größe“ – Seite 12**
- **Kongress der Gewerkschaftslinken: Massenstreik heute? – Seite 16**
- **„Es fehlt der deutschen Demokratie ein militärischer Totenkult“ (FAZ): Das fehlt uns gerade noch! – Seite 19**

Ausgabe Nr. 14 am 12. Juli 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Zuwanderungsänderungsgesetz: Protest gegen verschärfe Ausgrenzung und Diskriminierung

Div., 5.-7.7., scc. Das Zuwanderungsänderungsgesetz hat am 6.7. den Bundesrat passiert (Berlin verweigerte die Zustimmung), die Auseinandersetzung darum ist damit jedoch nicht beendet. Für die Linkspartei kritisierte Katina Schubert: „Dieses Aufenthaltsgesetz grenzt Menschen mit Migrationshintergrund weiter und verstärkt aus, stellt sie unter Generalverdacht und erschwert die Einbürgerung.“ Pro Asyl kritisiert, dass das Gesetz, das „Stigma der Verfassungswidrigkeit“ trage, „Deutschland für Ausländer, zum Teil aber auch für Inländer, unattraktiver, kälter und integrationsfeindlicher macht“. Unter dem Deckmantel der Umsetzung von elf EU-Richtlinien würden die in diesen Richtlinien enthaltenen Möglichkeiten nicht zugunsten der Betroffenen ausgeschöpft, sondern alle Optionsmöglichkeiten zur Einschränkung von Rechten genutzt. Die auf einen Stichtag bezogene Altfallregelung löst das Dauerproblem der so genannten Kettenduldungen nicht. Die Hürde der Einbürgerung wird erhöht. Das Mitgefühl mit Zwangsvorheirateten erweist sich als Heuchelei, weil den Opfern die Möglichkeit der Rückkehr nach Deutschland weitgehend verbaut bleibt. Pro Asyl kritisiert ausdrücklich den „anti-türkischen Charakter“ des Gesetzentwurfs. Während nachziehende Ehegatten vor allem aus der Türkei vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse nachweisen müssen, gilt dies ausdrücklich nicht für Bürger etwa aus den USA, Kanada, Israel und Japan, weil dies „im migrationspolitischen Interesse Deutschlands liegt“. Vier türkische Organisationen in Deutschland (die Föderation Türkischer Elternvereine, die Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung, die Türkische Gemeinde, die DITIB) haben ihre Beteiligung am Integrationsgipfel ausgesetzt, um eine Änderung dieser diskriminierenden Gesetzesregelung zu erreichen. Die aggressive Reaktion aus der Union, die den Integrationsgipfel dann eben ohne die türkischen Organisationen durchführen will und jede Änderung des Gesetzes ablehnt, lässt eine Verschärfung des Kulturmärktes befürchten.

EU-Kommission fordert Mindeststandards in der Asylpolitik ein

Die Presse, 6.7., scc. Die EU-Kommission hat an 15 Mitgliedstaaten Mahnbriefe verschickt und droht mit Klage, wenn sie in ihrer Asylpolitik nicht Mindeststandards entsprechend der EU-Richtlinie von 2004 einführen. Diese Mindeststandards hätten bis Oktober

2006 umgesetzt werden müssen. Sie schreibt vor, dass sowohl Flüchtlinge als auch subsidiär Schutzberechtigte Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung oder Familienzusammenführung haben. Auch medizinische sowie Bildungseinrichtungen und Sozialleistungen müssen ihnen offen stehen. Gemahnt wegen Missachtung dieser Mindeststandards wurden u.a. die BR Deutschland, Großbritannien und Österreich. Österreich z.B. schließt die rund 5000 im Land lebenden subsidiär Schutzberechtigten von Sozialhilfeleistungen, darunter vom Kindergeld, aus, wenn sie nicht arbeiten. Das Land beruft sich bei seiner Diskriminierung auf ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs, das EU-rechtliche Verpflichtungen bestreitet. Die Kommission gibt der Regierung nun zwei Monate Zeit, die Mindeststandards umzusetzen, und will dann bei Nichtumsetzung klagen.

Streit um Industriepolitik

Handelsblatt, 6./7./8.7. rüL Zwischen der Bundesregierung auf der einen, der FDP und Teilen der Unternehmensverbände auf der anderen Seite bahnt sich ein Streit um das Thema „ausländische Staatsfonds“ an. US-Finanzminister Summers schätzt kürzlich, dass die Zentralbank Chinas und die anderer Staaten weltweit 1.500 bis 2.000 Milliarden Dollar ihrer Währungsreserven als „überflüssig“ einstufen und in den nächsten Jahren in Investmentfonds umlenken wollen, die dann weltweit auf Einkaufstour gehen werden. Ein Versuch solcher Fonds aus Dubai, mehrere US-Häfen zu übernehmen, scheiterte kürzlich im US-Kongress. Ein anderer Fonds aus Dubai erwarb jetzt 3% an der EADS. Über ihre Aktionärsrechte blockiert die Bundesregierung dagegen seit Monaten einen russischen Investor, der bei der Telekom einsteigen will. Beamte von Bundesfinanzminister Steinbrück und Wirtschaftsminister Glos beraten nun über eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes. Damit soll in Branchen wie der Telekommunikation, Post, Logistik und Energieunternehmen künftig der Einstieg ausländischer Investoren genehmigungspflichtig werden. Kanzlerin Merkel unterstützt das Vorhaben. FDP-Chef Westerwelle wettert: „Das ist die Methode Nordkorea.“ Auch BDI-Chef Thumann lehnt das Vorhaben ab. Die Regierung verweist dagegen darauf, solche Genehmigungspflicht sei in den USA, Frankreich und anderen Ländern schon lange üblich.

Höhere Überschüsse bei der BA

Handelsblatt, 6./7./8.7. rüL Der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat jetzt auf Basis des ersten Halb-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

jahres seine Finanzprojektion für die nächsten Jahre vorgelegt. Danach würden, wenn der Arbeitslosenbeitrag nicht sinkt und die Politik auch keine anderen Gesetze für die BA ändert, die Finanzreserven der BA bis 2011 auf über 50 Milliarden Euro ansteigen. Allein in diesem Jahr wird die BA statt der ursprünglich wegen der Beitragssenkung zu Jahresbeginn erwarteten Verluste von 4,3 Milliarden Euro nun einen Überschuss von 5,5 Milliarden Euro erzielen. Hintergrund ist, dass der Rückgang der Arbeitslosenzahlen fast ausschließlich im Bereich der Alg-I-Bezieher stattfindet und die BA so in diesem Jahr fast 20% weniger für Arbeitslosengeld I ausgeben wird, als ursprünglich erwartet worden war. Kein Wunder, dass nun der Krach um die Beitragssätze der Arbeitslosenversicherung voll entbrennt. Wenn die Projektion der BA stimmt und keine neuen Risiken auf dem Arbeitsmarkt auftreten, könnte der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung Anfang nächsten Jahres um fast 1 Prozent sinken, also von 4,2 auf 3,2 Prozent, ohne die Reserven der BA von dann ca. 16 Milliarden Euro ernstlich anzutasten.

„Behinderte Menschen nicht mit kalter Sachleistung abspeisen“

www.paritaet.org, 2.7. alk. Ab nächstem Jahr sollen behinderte Menschen einen Rechtsanspruch auf ein persönliches Budget haben. Die Sozialämter der Kommunen und Landkreise sollen also, wenn der Betroffene das wünscht, ihm die Auswahl lassen, welche Dienstleistungen er bei welchem Anbieter kauft. Bisher haben die Sozialhilfeträger Leistungsverträge mit Caritas, Diakonie, AWO oder wem immer vereinbart.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband wirft Sozialleistungsträgern vor, das Ziel des persönlichen Budgets in der Praxis zunehmend zu unterlaufen und das Selbstbestimmungsrecht behinderter Menschen zu missachten. Nach seinen Erkenntnissen beziehen beispielsweise in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Modellprojekts „Hilfe nach Maß“ mehr als zwei Drittel der über 2.700 Leistungsberechtigten eine Form des persönlichen Budgets, die nicht im Einklang mit dem Willen des Gesetzgebers steht. Mit ihnen wurde zwar ein persönliches Budget vereinbart, die entsprechende Geldleistung wird den Betroffenen aber nicht überwiesen. Auf der Grundlage einer „Abtretungserklärung“ zahlt der Leistungsträger, etwa das örtliche Sozialamt, das Geld direkt an Einrichtungen oder ambulante Dienste als Leistungserbringer. Das zementiert die Machtposition der Sozialleistungsträger. „Diese ‚kalte Sachleistung‘ widerspricht dem Ziel des persönlichen Budgets, das den behinderten Menschen in den Mittelpunkt des Leistungsgeschehens stellt“, sagt Eberhard

Jüttner, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. „Als Experten in eigener Sache haben behinderte Menschen das Recht, den Einkauf von Dienstleistungen und Hilfsmitteln eigenverantwortlich, selbstständig und selbstbestimmt zu regeln“, so Jüttner.

DGB-Vorsitzender zu Mindestlohn und Linkspartei

www.dgb.de, 7.7. alk. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer äußerte sich im Deutschlandradio Kultur unter anderem auch zum Thema Verhältnis zur Linkspartei. Wir dokumentieren:

„Deutschlandradio Kultur: Beim Thema Mindestlohn bekommen Sie starke Unterstützung von der Linken, von Oskar Lafontaine. Kann man sich vorstellen, dass Gewerkschaften künftig auch verstärkt mit der Linken zusammenarbeiten, auf die Straße gehen?“

Michael Sommer: Erst mal zum Thema Mindestlohn hat ja Oskar Lafontaine empfohlen, die Forderung zu erhöhen, und mir vorgeworfen, wir würden mit unserer moderaten Politik Reallohnverluste produzieren.

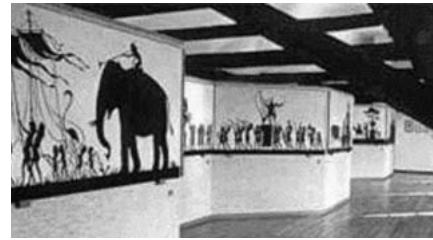
Deutschlandradio Kultur: Er will noch mehr.

Michael Sommer: Mein Pressesprecher hat dann darauf geantwortet, dass wir seit 100 Jahren unsere Forderungen selber aufstellen. Das werden wir in den nächsten 100 Jahren auch tun. Natürlich werden wir auch mit denen reden und zusammenarbeiten, da, wo es geht. Aber wir werden eins nicht zulassen, nämlich dass die Gewerkschaften zur Bühne parteipolitischer Auseinandersetzungen gemacht werden. Ich halte energisch dagegen, auch bei der Linken.

Es geht mir dabei ums Prinzip der Einheitsgewerkschaft, und es geht darum, die Parteianabhängigkeit der Gewerkschaften zu wahren. In dem Rahmen nehmen wir natürlich Einfluss auf die Arbeit des Parlamentes. Ich rede mit der CDU, ich rede mit der SPD. Natürlich werde ich auch mit der Linkspartei reden. Aber was wir nicht brauchen, ist in Deutschland eine Gewerkschaftspartei. Es gibt einen prinzipiellen Unterschied zwischen Parteien und Gewerkschaften. Parteien zielen auf Machtgewinn. Wir zielen auf Machtkontrolle und Interessenvertretung.“

Starker Staat mit Lafontaine

FAZ, 9.7. maf. In der Reihe „Per Aspera ad Astra“ (etwa: Auf rauen Wegen zu den Sternen) bietet die Frankfurter Allgemeine dem politischen Führungspersonal der Republik in unregelmäßigen Abständen jeweils eine Zeitungsseite Platz für programmatische Ausführungen. Die Ausführungen sind stets mit Tafeln aus dem Bilderfries des Malers Karl Wilhelm Diefenbach illustriert, immer anzüglich. Kurts Becks Ausführungen



schmückt ein Elefant – siehe das Bild von der Dauerausstellung im Stadtmuseum Hadamar, Hessen. Am 9.7. war Oskar Lafontaine dran. Die Illustration ist



giftig. Sie zeigt Affen, die um Menschen herumturnen. Lafontaine stellt in diesem Aufsatz ein Programm vor, das sich in vielen Punkten auf das Programm der Linkspartei bezieht, aber einen anderen Ausgangs- und Zielpunkt hat. Lafontaine versteht unter Freiheit einen Zustand, den ein starker Staat gewährleistet: „Erst ein starker Staat, der die Schutzrechte der Schwachen sichert, ermöglicht eine freie Gesellschaft.“ Lafontaine meint, diese Vorstellung stehe in der Tradition der Aufklärung und belegt das durch ein von ihm häufig – und so auch in diesem Aufsatz – verwendetes Zitat: „Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit“. Der Text stammt indessen nicht von Rousseau und auch nicht aus der Zeit der Aufklärung. Es ist in einer Predigt des Jean Baptiste Henri Lacordaire (*1802, †1861) nachweisbar, der sein Leben als Provinzial des Dominikanerordens beschloss. – In dieser Vorstellung spielt sich der soziale Prozess zwischen „Starken“ und „Schwachen“, zwischen den Polen „reich“ und „arm“ oder „Herr“ und „Knecht“. Der Staat greift regulierend und sanktionierend ein. In der modernen Gesellschaft tritt hinzu die Funktion der Bereitstellung öffentlicher Güter. Dieses Phänomen ist mit Vorstellung von „Schutzrechten“, die „den Schwachen“ vor Übergriffen der Starken sichern, nicht zu fassen. Es geht hierbei um eine Abhängigkeit der Individuen vom Staat, die nicht durch Übertragung von Mitteln und Kompetenzen an den dann freilich „starken“ Staat aufgebrochen werden kann, sondern nur durch Rückgewinnung der Kompetenz durch die Akteure der Zivilgesellschaft. Dieser Prozess, in dem sich außerparlamentarische Impulse und Arbeit in den Institutionen verbinden können, würde durch eine Strategie des starken Staates direkt blockiert, in der jede Auseinandersetzung mit der Staatstätigkeit nur in weitere Schritte der Ermächtigung des Staatswesens münden kann.“

Jetzt kann sich Deutschland überall verteidigen

Der Ausschluss von den Vorteilen des weltweiten Handels hat die realsozialistische Staatswirtschaft unaufholbar ins Hintertreffen gebracht.

Der insbesondere von den USA vorangetriebene strategische Boykott wirkte nicht schnell, aber grundstürzend. Die heute gegebene noch viel intensivere Verflechtung der Weltwirtschaft macht für all die industriellen Gesellschaften sichere Handels- und Transportwege und gesicherte Balancenzentren zur Existenzbedingung.

Diese gegebene Situation hat weltweit Kräfte auf den Plan gerufen, die der Militarisierung von Politik eine Absage erteilen und friedliche Entwicklungschancen für alle Länder zivil gewährleisten wollen. Aber so sehr eine dementsprechende Außenpolitik auch in den Gesellschaften der Länder des Westens gewünscht wird: die bestehenden Staaten haben sie nicht entwickelt und sie wollen sie auch nicht entwickeln.

Die Bundesrepublik Deutschland hätte sich in Auseinandersetzung mit der staatlichen Geschichte und mit Blick auf ihre Lage in der Mitte Europas zu einer international akzeptierten Politik des „Kriegsdienstverweigerers unter den Staaten“ entschließen kön-

nen. Eine solche Entwicklung war in dem Grundgesetz der BRD enthalten. Sie hätte auch einer breiten Grundströmung in der öffentlichen Meinung entsprochen.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat nach dem Anschluss der DDR die rechtlichen Anhaltspunkte einer Festlegung auf demilitarisierte Außenpolitik ausgerottet. Mit diesem jüngsten Urteil ist nun von der Festlegung auf Verteidigung im allerengsten Sinne, die ursprünglicher Inhalt der Verfassung war, nichts mehr übrig.

Was wird nun aus der Option auf demilitarisierte Außenpolitik? Kann sie politisch weiterbestehen?

Gesetzlichen Halt hat diese breite politische Grundströmung derzeit im Wesentlichen noch in dem Recht auf Verweigerung, das praktische Bedeutung hat und diese mit der Verwicklung der BRD in immer blutigere Kriege vermehrt gewinnen wird.

Zu befürchten ist, dass die Innenpolitik, die immer neue Kontrollen des zivilen Lebens ersinnt, auf das böse Mittel der Dienstverpflichtung zurückgreifen wird, um Sicherheit zu schaffen.

Christiane Schneider

Bundesverfassungsgericht - Pressestelle - zum Urteil vom 3. Juli 2007 - 2 BvE 2/07 - Klage der Linksfraktion gegen Tornado-Einsatz in Afghanistan zurückgewiesen

Die gegen die Bundesregierung gerichtete Organklage der Bundestagsfraktion PDS/Die Linke, die die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan betrifft, war erfolglos. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit Urteil vom 3. Juli 2007 festgestellt, dass die Bundesregierung mit dem Beschluss zur Entsendung von Tornado-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan keine Rechte des Deutschen Bundestags verletzt hat. Der NATO-geführte ISAF-Einsatz in Afghanistan diene der Sicherheit des euro-atlantischen Raums und überschreite daher nicht wesentliche Strukturentscheidungen des NATO-Vertrags. Zudem lägen keine Anhaltspunkte für eine strukturelle Abkopplung der NATO von ihrer friedenswährenden Ausrichtung vor.

Der Entscheidung liegen im Wesentlichen folgende Erwägungen zu Grunde:

I. Die Anträge sind zulässig, insbesondere ist die Antragstellerin antragsbefugt. Sie hat hinreichend dargelegt,

P r e s s e s t i m m e n

Neues Deutschland, 4. Juli 2007: Linkfraktionschef Gregor Gysi zum Urteil und dessen Konsequenzen.

Neues Deutschland: Das Urteil wirkt auf mich wie ein Freibrief für die Bundesregierung, im außen- und sicherheitspolitischen Bereich nach Belieben zu verfahren, wenn immer sie sich auf Friedensbewahrung beruft. Ist das eine zu krass Einschätzung?

Gregor Gysi: Das ist zu krass, obwohl das Urteil enttäuschend ist. Das Bundesverfassungsgericht ist dabei geblieben, der Bundesregierung weitreichende Spielräume auf außenpolitischem Feld zuzubilligen. Aber die Richter haben das immerhin an die Bedingung der Friedenswahrung geknüpft. Sie haben festgestellt, dass es einen Bezug zu den Ländern der NATO geben muss und anderes mehr. Wichtiger ist mir, dass sie die Völkerrechtsverletzungen nicht bestritten, aber gesagt haben, für eine verfassungsrechtliche Prüfung kommt es nur darauf an, ob ein Einsatz insgesamt völkerrechtlich durchführbar ist. Die Richter haben weiter erklärt, dass ISAF für sie völkerrechtsgemäß ist und dass sie nicht prüfen, ob Enduring Freedom es auch ist. Das heißt, sie haben absichtlich offen gelassen, dass OEF auch völkerrechtswidrig sein kann und sie haben entschieden, dass es keine Überschneidung zwischen

beidem gibt. Das beruht auf einer Erklärung des Generalinspekteurs der Bundeswehr hier in der Verhandlung. Das heißt, wenn jetzt zum Beispiel durch Journalisten herauskommt, dass wir Recht haben, dass es Überschneidungen gibt, hat das Bundesverfassungsgericht gesagt, dass dann ein Verfassungsbruch vorliegen kann. (...)

Zu weltweiten NATO-Einsätzen hat Richter Udo di Fabio bei der Urteilsbegründung gesagt, dies sei von Anfang an „mitgedacht“ gewesen. Früher sei eben die Gefahr aus dem Osten gekommen, jetzt sei sie global. Er nannte es legitim, Krisenreaktionskräfte zur „Pazifizierung“ potenzieller Aggressoren einzusetzen. Ist das nicht eine Billigung von „Präventivkriegen“?

Eigentlich nicht. Die Welt hat sich natürlich verändert, aber nicht zu ihrem Vorteil. Die Industriestaaten haben eine enorme militärische Überlegenheit, so dass jene, auf die sie Druck ausüben, mittels Terror reagieren. Also muss die westliche Welt lernen: Wenn sie aus dieser Spirale herauskommen will, kann sie nicht einfach die militärische Überlegenheit forcieren. Das führt zu schlimmerem, nicht zu weniger Terror. Damit aber muss sich nicht das Bundesverfassungsgericht, sondern der Bundestag befassen. Wir müssen das Urteil nutzen,

um die politische Debatte weiter zu treiben. Die Mehrheit der Bevölkerung ist ja dafür, dass die deutschen Soldaten aus Afghanistan abgezogen werden. Zum Glück.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.7.:

Nach der neuen, bemerkenswert einmütigen Entscheidung des Zweiten Senats ist freilich nicht zu befürchten, dass die Richter Feldherr spielen und im Karlsruher Sandkasten Auslandseinsätze nachspielen werden. Selbst ein völkerrechtlich zweifelhafter Einsatz in Afghanistan machte aus der Nato noch kein Kriegsbündnis; die verschiedenen Mandate stehen ohnehin nicht völlig unabhängig nebeneinander. Das Gericht verbietet es sich sogar, sicherheitspolitische Bewertungen der Politik durch eigene zu ersetzen. Zudem werden die Richter stets nur auf Antrag tätig. Zwar wird es sich die Linksfraktion nicht nehmen lassen, alle möglichen Einsätze richterlich überprüfen zu lassen – Erfolg wird sie damit in der Regel nicht haben. Doch auch in Zeiten asymmetrischer Bedrohungen und ebensolcher Kriegsführung sowie angesichts der unbestreitbaren Wandlungen von UN und Nato (aber auch der EU) und der damit verbundenen Bündniszwänge stellt Karlsruhe sicher: Deutsche Soldaten dürfen nur im Rahmen des parla-

dass der Deutsche Bundestag durch die angegriffenen Maßnahmen in Rechten verletzt sein könnte, die ihm durch das Grundgesetz übertragen worden sind. II. Die Anträge sind unbegründet.

1. Der NATO-geführte ISAF-Einsatz in Afghanistan dient der Sicherheit des euro-atlantischen Raums. Er bewegt sich damit innerhalb des Integrationsprogramms des NATO-Vertrags, wie es der Deutsche Bundestag im Wege des Zustimmungsgesetzes zu diesem Vertrag mitverantwortet.

a) Der regionale Bezug als Kernelement des Integrationsprogramms des NATO-Vertrags bedeutete von Beginn an nicht, dass militärische Einsätze der NATO auf das Gebiet der Vertragsstaaten beschränkt sein müssten. Mit dem Zweck der NATO als System mehrerer Staaten zur gemeinsamen Abwehr militärischer Angriffe von außen waren abwehrende militärische Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets, nämlich auch auf dem Territorium eines angreifenden Staates, von vornherein impliziert. Insofern entspricht neben der militärischen Verteidigung gegen einen Angriff auch ein damit sachlich und zeitlich in Verbindung stehender komplementärer Krisenreaktionseinsatz auf dem Gebiet des angreifenden Staates noch der regionalen Begrenzung des NATO-Vertrags.

b) Eine Lösung der NATO von ihrem re-

gionalen Bezugsrahmen kann in dem ISAF-Einsatz in Afghanistan nicht gesehen werden. Denn dieser Einsatz ist ersichtlich darauf ausgerichtet, nicht allein der Sicherheit Afghanistans, sondern auch und gerade der Sicherheit des euro-atlantischen Raums auch vor künftigen Angriffen zu dienen.

2. Der ISAF-Einsatz in Afghanistan liefert danach, wie er sich tatsächlich voll-



zieht und in den diesbezüglichen Passagen der Gipfelerklärungen von Riga politisch fixiert wird, auch keine Anhaltspunkte für eine strukturelle Abkopplung der NATO von ihrer friedenswährenden Zweckbestimmung (Art. 24 Abs. 2 GG). Der Charakter des

NATO-Vertrags ist durch den ISAF-Einsatz in Afghanistan und das dortige Zusammenwirken mit der Operation Enduring Freedom ersichtlich nicht verändert worden. ISAF und die Operation Enduring Freedom haben getrennte Zwecksetzungen, unterschiedliche Rechtsgrundlagen und klar abgegrenzte Verantwortungssphären. Während die Operation Enduring Freedom vornehmlich der unmittelbaren Terrorismusbekämpfung gilt, dient ISAF der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Afghanistan, um eine Grundlage für den zivilen staatlichen Aufbau zu schaffen. Durch Kooperationen zwischen den Einsätzen, die die Sicherheit in Afghanistan erhöhen sollen, sind diese rechtlichen und tatsächlichen Trennungen nicht aufgehoben worden.

Anmerkung: Bereits am 12. März im Eilverfahren und am 29. März endgültig hatte das Bundesverfassungsgericht eine Klage der Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler (CSU) und Willy Wimmer (CDU) gegen den Afghanistan-Einsatz abgelehnt. Beide hatten ähnlich wie die Linkenfraktion eine unzulässige Bedeutungsänderung des Nato-Vertrages kritisiert. Das Verfassungsgericht hatte ihre Klage schon aus formalen Gründen abgewiesen: einzelne Abgeordnete stünde das Organklagenverfahren nicht zu, dieses Recht hätte nur Fraktionen.

mentarischen Willens und des Friedens- gebots eingesetzt werden.

Tagesspiegel, Berlin, 4.7.: Das Bundesverfassungsgericht hat die „Verteidigung am Hindukusch“ generell gerechtfertigt. Damit ist nicht gesagt, dass der konkrete Einsatz in Afghanistan politisch, militärisch, moralisch richtig ist. Nur juristisch ist er eben nicht zu beanstanden.

Berliner Zeitung, 4.7.: Gäbe es den Straftatbestand der richterlichen Desertion, dann hätte ihn das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung über die Tornado-Einsätze in Afghanistan erfüllt. Die höchsten Richter sind dem Verfassungsrecht von der Fahne gegangen. Schon immer hat das höchste deutsche Gericht der Bundesregierung in der Außenpolitik einen weiten Gestaltungsspielraum zugebilligt. Mit dem kurzen, allerdings keineswegs bündigen Urteil über die Tornado-Einsätze aber hat es die Außenpolitik zum verfassungsfreien Raum erklärt und den weltweiten Einsätzen der Bundeswehr auch für die Zukunft eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt.

Freie Presse, Chemnitz, 4.7.: Das Urteil macht deutlich, dass es zwischen den

Mandaten der Internationalen Schutztruppe Isaf und der US-Operation Enduring Freedom (OEF), dem Antiterrorkampf, sehr wohl einen Zusammenhang gibt. Denn ohne die gewiss nicht ungefährlichen Kampfeinsätze der von den Amerikanern geführten OEF-Mission gebe es keine von der deutschen Politik hochgelobte erfolgreiche Isaf-Aktion. Diese Wahrheit der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln, dazu bedurfte es eines Richterspruchs, der Politik fehlt dafür der Mut.

Stuttgarter Zeitung, 4.7.: Das Urteil des Verfassungsgerichts zum Tornado-Einsatz in Afghanistan mag in der SPD-Fraktion die Gemüter etwas beruhigen. Zumindest ist geklärt, dass der Einsatz, gegen den im März fast jeder dritte SPD-Abgeordnete stimmte, nicht die Verfassung bricht. Dennoch bleibt die Lage im Lager der Genossen angespannt. Es ist vor allem der US-geführte Antiterrorkampf im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF), der den Abgeordneten wegen der vielen toten Zivilisten zu schaffen macht. Nur hundert Elitekämpfer des Kommandos Spezialkräfte stellt die Bundeswehr hierfür bereit, die laut Bundesregierung seit 2005 nicht eingesetzt worden sind. Aber vor allem die SPD-Linke will, dass die Bundeswehr mit dieser Art der

Kriegsführung ganz und gar nichts mehr zu tun hat.

Süddeutsche Zeitung, 7. Juli: Sirene La fontaine: (...) Das Bundesverfassungsgericht hat diese Woche den Weg gewiesen. Die Linkenfraktion hatte nach Vorarbeit der beiden Unionsabgeordneten Willy Wimmer und Peter Gauweiler eine Klage gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan eingereicht. Das Gericht hat sie ruhig und nüchtern für zulässig erklärt und inhaltlich ebenso sachlich, kühl und sauber seziert. Es kommt zu dem Ergebnis, dass die Klage in den Kernaussagen völlig unhaltbar ist: Nein, die Nato hat sich nicht von ihrem Grundlagenvertrag verabschiedet und ist kein aggressives Kampfbündnis geworden. Nein, es hat keine schleichende Überstrapazierung des Nato-Beitrittsgesetzes von 1955 gegeben. Vielmehr habe die Regierung bei verschiedenen Nato-Gipfeln neuen strategischen Konzepten zugestimmt, und der Deutsche Bundestag jedem einzelnen Einsatz auch. Es findet sich kein Halbsatz, der der Linken nur im Ansatz recht geben würde. Auch wenn das Gericht kein politisches Gremium ist, kann sein Vorgehen doch als Beispiel für die Politik dienen. Man muss die Linken ernst nehmen, auf den (Koalitions)-Prüfstand stellen, kühl sezieren. Nur so geht es.

Gespaltene Belegschaft

Im folgenden dokumentieren wir Stellungnahmen des Unternehmens und der verschiedenen Gewerkschaften zum Tarifabschluss von Transnet und GDBA sowie dem (vorläufigen) gerichtlichen Verbot von weiteren Streiks der Lokführer.

Häufig wird in Kommentaren die Aktionen und Zielsetzungen der Lokführergewerkschaft verglichen mit den Arbeitskämpfen der Flugkapitäne bei der Lufthansa vor einigen Jahren und der Ärzte an Krankenhäusern im letzten Jahr, die beide durch Abspaltungen von den DGB-Gewerkschaften Lohnerhöhungen durchsetzen konnten, die sie im Verbund nicht erreicht hätten. Dabei spielte jeweils die starke Stellung im Arbeitsmarkt eine Rolle; die staatlichen bzw. staatsnahen Unternehmen mussten nachgeben. Die Gewerkschaft der Lokführer versucht mit der Betonung der hohen Verantwortung eine vergleichbare Situation zu beschwören. Ob eine solche Sonderstellung tatsächlich besteht? Schließlich sind diejenigen Beschäftigten, die den Zugverkehr in Stellwerken und Netzzentralen steuern, kaum weniger verantwortlich.

Gericht untersagt Lokführerstreiks

(Deutsche Bahn AG, 9. Juli 2007) Das Arbeitsgericht Düsseldorf hat heute per einstweiliger Verfügung die für morgen geplanten Streiks der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) untersagt. „Das ist eine Entscheidung für unsere Kunden“, sagte Margret Suckale, Personalvorstand der Deutschen Bahn AG. Das Unternehmen hatte die einstweilige Verfügung beantragt, weil sie die Streiks als unrechtmäßig und unverhältnismäßig angesehen hat. „Wer nicht einmal Verhandlungsangebote annimmt und dann schon Warnstreiks auf dem Rücken der Kunden austrägt, verhält sich verantwortungslos.“

Mit der Tarifgemeinschaft der Gewerkschaften Transnet und GDBA wurde heute ein Tarifabschluss vereinbart, der die Belange von 134.000 Mitarbeitern der Deutschen Bahn AG berücksichtigt und sie angemessen am Erfolg teilhaben lässt. Personalvorstand Margret Suckale sagte dazu: „Wir haben der GDL den gleichen Tarifabschluss angeboten wie der Tarifgemeinschaft. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich die GDL-Führung diesem Abschluss nicht anschließt und stattdessen ohne weitere Verhandlung zu Streiks aufruft.“

Kein Verstoß gegen die Friedenspflicht

(GDL, 10. Juli 2007) – „Die Bahn verklagt uns lieber, als mit uns zu verhan-

deln.“ Das stellte der GDL-Bundesvorsitzende Manfred Schell heute in Frankfurt fest. Die GDL erhielt heute morgen eine einstweilige Verfügung vom Arbeitsgericht Düsseldorf, die den Streik im Regionalverkehr in Nordrhein-Westfalen untersagt. Daraufhin hat die GDL den Streik im Regionalverkehr in diesem Bundesland gegen 8.30 Uhr abgebrochen. Um 10.15 Uhr hat die GDL dann ihren Streik bundesweit beendet. Gründe dafür waren zum einen, dass die GDL ihr Streikziel erreicht hatte. Der Verkehr hat in Deutschland überwiegend flächendeckend stillgestanden. Mehrere tausend Lok- und Zugführer haben sich an dem Streik beteiligt. „Wir haben damit das Zeichen gesetzt, dass unsere Mitglieder wie eine Eins hinter unseren Forderungen stehen“, so Schell. Zum anderen erfolgte das Ende des Streiks aufgrund der Tatsache, dass Arbeitgebervertreter mit Falschinformationen und nicht abgestimmten Notdienstvereinbarungen insbesondere auf die Lokomotivführer eingewirkt und diese während des Streiks mit Nachdruck zur Arbeitsaufnahme aufgefordert haben. „Diesen unerträglichen Zustand wollten wir unseren Mitgliedern nicht länger zumuten“, erklärte Schell.

Der GDL ist heute Mittag auch die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Mainz zur Untersagung des Streiks zugestellt worden. Darin wird ihr vorgeworfen, sie habe gegen die Friedenspflicht verstoßen. „Wir haben die einstweilige Verfügung sorgfältig geprüft“: Die GDL hat zu dem Vorwurf der Verstöße gegen die Friedenspflicht eine völlig andere Rechtsauffassung wie die Bahn. „Wir sind der Ansicht, dass wir zu keiner Zeit gegen die Friedenspflicht verstoßen haben“, erklärte der GDL-Bundesvorsitzende. Die GDL wird alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel gegen diese einstweiligen Verfügungen ausschöpfen.

Wer ist die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer?

(www.wikipedia.de) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer ist eine Gewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion mit Sitz in Frankfurt am Main.

Sie wurde 1867 als Verein Deutscher Lokomotivführer (VDL) gegründet. 1919 erfolgte die Umwandlung des Vereins Deutscher Lokomotivführer in die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer. Die GDL wurde im Jahre 1937 von den Nationalsozialisten verboten. Erste Ortsverbände der GDL wurden 1946 wiedergründet. Bundesweit wurde die Gewerkschaft 1949 neu gegründet.

Im Herbst 2002 löste sich die GDL aus der Tarifgemeinschaft der Deutschen Bahn, die sie bis dahin mit Transnet und GDBA bildete. Seither setzt sich die

GDL für einen eigenen Tarifvertrag für das Fahrpersonal ein. Im März 2003 kam es zu Warnstreiks; in der Folge wurde der Tarifvertrag um eine Anlage ergänzt, nach der in Belangen der Lokführer nicht über die GDL hinweg entschieden werden kann.

Die GDL vertritt die Interessen der Triebfahrzeugführer und des Zugbegleitpersonals bei der Deutschen Bahn AG und bei Eisenbahnverkehrsunternehmen außerhalb des DB Konzerns. Nach eigenen Angaben hat sie bei den Lokomotivführern der Deutschen Bahn AG einen Organisationsgrad von 75 Prozent, unter den Zugbegleitern von 25 Prozent.

Die GDL stellte im Frühjahr 2007 ein Modell eines eigenen Fahrpersonaltarifvertrags für das Fahrpersonal (Lokführer, Zugbegleiter und Mitarbeiter im Speisewagen) vor. Er sieht bessere Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung des Grundentgeltes um bis zu 40 Prozent vor, wobei einige Zulagen der heutigen Entgeltsystematik in das Grundentgelt integriert werden sollen. Die Deutsche Bahn war bisher nicht bereit, über einen solchen Spartentarifvertrag zu verhandeln. Vor diesem Hintergrund erfolgte am Morgen des 3. Juli 2007 ein flächendeckender, vierstündiger Streik des in der GDL organisierten Fahrpersonals. Es ist der erste flächendeckende Lokführerstreik in der Geschichte der Deutschen Bahn AG.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer hat als Untergliederung sieben Bezirke. Unter der Ebene der Bezirke bestehen ca. 200 Ortsgruppen mit ca. 38.000 Mitgliedern.

Gewerkschaft Transnet zum Abschluss

(www.transnet.de) Der neue Tarifvertrag für 134.000 Beschäftigte der Deutschen Bahn AG ist unter Dach und Fach. Die Gewerkschaften Transnet und GDBA einigten sich am Montag mit den Arbeitgebern. Danach werden die Einkommen ab 1. Januar 2008 um 4,5 Prozent angehoben. Zusätzlich wird ein Einmalbetrag in Höhe von 600 Euro bezahlt. Die Laufzeit beträgt 19 Monate, damit gilt der neue Tarifvertrag bis zum 31. Januar 2009. Sichergestellt wird zudem, dass jeder Arbeitnehmer bis zum Ende der Laufzeit des Tarifvertrages mindestens 1.600 Euro erhalten wird. Damit ist eine soziale Komponente gewährleistet.

„Das zähe Verhandeln hat sich gelohnt, die massiven Warnstreiks quer durch alle Beschäftigengruppen haben ihre Wirkung nicht verfehlt“, stellten Transnet-Chef Norbert Hansen und der Vorsitzende der Verkehrsgewerkschaft GDBA, Klaus-Dieter Hommel, fest. Mit dem Abschluss sei ein „solider Mehrwert für die Menschen bei der Bahn vereinbart worden“.

Auf der Strecke bleiben gute Nachbarschaft und demokratische Rechte

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift war eine gewisse Gegenläufigkeit in den Tendenzen „bayerischer Außenpolitik“ dargestellt worden. Einerseits entwickeln sich in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Bestrebungen, mit den tschechischen Nachbarn im Osten ein Auskommen zu finden, andererseits steht nach wie vor die politische Option im Raum, gestützt auf Landsmannschaften, in das Nachbarland hineinzuregieren.

Inzwischen hat der abtretende Ministerpräsident Stoiber einen Moskau-Besuch unternommen, bei dem es ihm darum ging, die Beziehungen, die er in einem langen Politikerleben nach Moskau geknüpft habe, auf niemand anders als den CSU-Landesgruppenchef Ramsauer zu „übertragen“. Mit Befremden vermerkte der Berichterstatter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dass Stoiber im Bereich der Stationierung des US-Raketenstems in Tschechien und Polen Verständnis für die Sorgen seines russischen Gastgebers erkennen ließ.



Stoiber und
Putin bei der
Industrie-
und Han-
delskammer
in München
im Oktober
vergangenen
Jahres.

„Stoiber kam vollgesogen mit Putins außenpolitischen Thesen zurück, nachdem der Kreml-Herr ihn allein noch bei sich zuhause beköstigt hatte.“ So Wulf Schmiese in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (9.7.), der seinen Artikel wie folgt beendet:

„Niemand kann an der transatlantischen Verbundenheit der CSU zweifeln“, sagt er (Stoiber, PB). „Aber wenn die Amerikaner tatsächlich einen Raketenabwehrschirm in Osteuropa aufbauen, dann wird Russland sich bedroht fühlen. Dann wird es Raketen auf Europa richten.“ Das will Stoiber verhindern, und das soll Ramsauer für ihn tun. „Meine Reputation aus 30 Jahren Politik wollte ich bei Putin auf Ramsauer übertragen“, erklärt Stoiber. Deswegen habe er den Landesgruppenchef in Moskau vorgestellt. Deutschland brauche Russlands Energie, die EU brauche Russland für die Lösung im Kosovo wie im Nahen Osten. „Ohne Russland sind keine wesentlichen Weltentscheidungen zu treffen“, sagt Stoiber und klingt wie Gerhard Schröder.“

Stoiber hat sich mit seiner Betonung

der Rolle Russlands aus der diplomatischen Schlachtordnung der Nato-Mächte ein Stück weit entfernt. Treibt ihn Rücksicht auf Russland? Wahrscheinlicher ist, dass ihm die bilateralen Beziehungen, die sich im Zuge der Raketenrüstung zwischen Polen, Tschechien und den USA entwickeln, nicht ins Konzept passen, da sie ein Gegengewicht zum deutschen Einfluss setzen. So spielt er die „russische Karte“, in Anbetracht der politischen Realitäten ist das ein bisschen irrational, wird aber trotzdem hinreichen, die Beziehungen zu Polen und Tschechien zu belasten. Aber wer weiß, wenn Stoiber Tschechien und Polen den Meister zeigt, vielleicht bringt es ein paar nötige Stimmen aus dem sudetendeutschen Bereich, es stehen Landtagswahlen an.

Eine Verquickung von Innen- und Außenpolitik demonstriert der Freistaat Bayern auch auf dem Gebiet der Türkeipolitik. Mit dem Regierungswechsel in Frankreich hat sich die reaktionäre Front gegen die Aufnahme

der Türkei verstieft, die Linie der privilegierten Partnerschaft, in der die Türkei als eine Art Vorfeld der Festung Europa zu funktionieren und zu bluten hätte, wird wahrscheinlicher. Diese wenig erfreuliche Perspektive versucht die bayerische Politik der türkischen Regierung durch sicherheitspolitische Kooperation zu versüßen. Durch die fortwährende Verfolgung der kurdischen demokratischen Bewegung erreicht der CSU-Freistaat einen Druck in Richtung Rückwanderung, ersatzweise Assimilation. Bereits das PKK-Verbot war im wesentlichen mit den außenpolitischen Interessen der BRD begründet worden. Dass diese Politik den Konflikt des türkischen Staates mit seinen kurdischen Bevölkerungssteilen verschärft, stört nicht. Im Gegenteil. Die führende Rolle, die das Militär in der türkischen Gesellschaft einnimmt, wird dadurch gestärkt.

Vor unseren Augen, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft werden Mitbürger, denen nicht vorzuwerfen ist, auf dem Altar außenpolitischer Interessen geopfert.

Martin Fochler

GEW Bayern protestiert gegen die Verhaftung Haydar Isiks

MÜNCHEN. Am Donnerstag, den 5.7.2007, durchsuchten 186 Polizisten die Wohnungen und Büros von 22 Männern und Frauen aus der kurdischen Befreiungsbewegung und der deutschen Linken. Schwerpunkt des Kriminalisierungsschlags mit allein 23 (!) Wohnungen war München, hier kamen USK-Kommandos zum Einsatz. Der Schriftsteller Dr. Haydar Isik, GEW-Mitglied aus München, wurde inhaftiert. Oskar Brückner, Vorsitzender der GEW Bayern: „Ich halte die Verhaftung unseres Mitglieds und ehemaligen Lehrers Haydar Isiks für einen unglaublichen Vorgang. Der 69-Jährige wurde um 6 Uhr früh von 12 Einsatzkräften, z.T. in Kampfanzügen überfallen, alle Computer, Handys und Papiere beschlagnahmt, obwohl offensichtlich keine Beweise für Straftaten vorlagen. Die offizielle Begründung hieß: Verstöße gegen das Vereinsgesetz! Selbst der Leiter des Staatsschutdezernats, Jörg Beyse, bezeichnete die Verhaftung als ‚repressive Maßnahme‘. Dieses Vorgehen passt zu Diktaturen, aber nicht zu einem demokratischen Rechtsstaat.“ Der Hintergrund ist wohl, dass Haydar Isik ein Kulturfestival zum kurdischen Neujahrsfest Newroz organisiert und damit die PKK finanziert haben soll. Allerdings ist dieses Fest vom Münchner Kulturreferat bezuschusst worden. Stehen jetzt auch Verhaftungen in der Stadtverwaltung bevor?

Der GEW ist seit langem bekannt, dass sich ihr Mitglied Isik für die kulturelle Autonomie der Kurden eingesetzt, aber Gewalt immer abgelehnt hat. 1995 hat Haydar Isik entscheidend dazu beigetragen, dass die damalige Besetzung des kurdischen Elternvereins, bei der die Besetzer mit Selbstmord gedroht hatten, friedlich beendet werden konnte. Sehr merkwürdig mutet auch der Umstand an, dass bereits am Donnerstagabend in allen Nachrichten in der Türkei über die Verhaftung mit Namensangabe berichtet wurde. Die GEW befürchtet, dass die zunehmenden Verletzungen von Persönlichkeitsrechten Teil eines Abbaus des Rechtsstaates und der Aushöhlung des Grundgesetzes darstellen. Am Samstag, den 7.7.07 fand dagegen eine Protestkundgebung in München statt.

www.gew-bayern.de



Kurdischer Politiker Orhan Dogan gestorben

Am 29. Juni 2007 starb der kurdische Politiker Orhan Dogan an den Folgen eines Herzinfarkts, den er während einer Rede auf einem Kulturfestival in Dogubayazit erlitten hatte. Orhan Dogan wurde 52 Jahre alt. Er wurde in seiner Heimatstadt Cizre beigesetzt, rund 200.000 Menschen kamen zur Trauerfeier.

Der Rechtsanwalt Orhan Dogan gründete 1989 die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Cizre. Er war eines der führenden Gründungsmitglieder der pro-kurdischen Partei HEP und wurde 1991 von der Bevölkerung in Cizre ins türkische Parlament als Abgeordneter gewählt. Im März 1994 wurde er gemeinsam mit Hatip Dicle, Selim Sadak und Leyla Zana im Parlament verhaftet. Sie wurden wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ vom Staatssicherheitsgericht Ankara verurteilt. Über zehn Jahre saßen die vier Abgeordneten im Gefängnis. Erst ein Urteil des Europäischen Menschenrechtgerichtshofs bewirkte, dass sie im Juni 2004 aus der Haft entlassen wurden. Sofort begann Orhan Dogan wieder für eine friedliche Lösung kurdischen Frage in einer demokratischen Türkei zu arbeiten. Er war einer der Initiatoren für die Gründung der Bewegung für eine demokratische Gesellschaft und wurde Vorstandsmitglied der DTP. Orhan Dogan gehörte zu den öffentlichen Mahnern in der Türkei, dass Armee und kurdische Guerilla einen Waffenstillstand eingehen sollen. Die kurdische Guerilla tat das. Orhan Dogan organisierte mit anderen – darunter auch vielen türkischen – Persönlichkeiten Aufrufe und einen Friedenskongress, um trotz der immer heftiger werdenden Angriffen des türkischen Militärs in Kurdistan zu einer neuen, friedlichen Türkei aufzubrechen, in der nicht nur Türken und Kurden miteinander leben können. Bei den Parlamentswahlen, die am 22. Juli 2007 stattfinden, wollte Orhan Dogan wie alle Kandidaten der DTP als unabhängiger Kandidat wieder in Cizre antreten. Seinen Kandidaturantrag lehnte der Hohe Wahlausschuss ab – Orhan Dogan hatte erklärt, er wolle kandidieren, weil er das Parlament als den geeigneten Ort für eine Lösung der

kurdischen Frage betrachtete. In seiner letzten Rede wollte Orhan Dogan in Dogubayazit sagen: „Diejenigen, die uns vor 13 Jahren im Parlamentseingang am Nacken gepackt und gefangen genommen haben, dachten, sie könnten auch unsere Verbundenheit und Liebe dem kurdischen Volk gegenüber gefangen nehmen. Aber da haben sie sich geirrt, sie haben sich sogar ganz stark geirrt. Sie haben verhindert, dass wir bei den Wahlen am 22. Juli kandidieren. Das macht nichts. Wir sind ohnehin nicht auf Ämter und Stellungen aus. Am 22. Juli werden wir Dutzende von Orhan Dogan, Leyla Zana, Hatip Dicle und Selim Sadak ins Parlament schicken.

1992 kam Süleyman Demirel und sagte, er erkenne die kurdische Realität an. Ciller sprach vom baskischen Modell, Yilmaz sagte, der Weg in die EU führe über Diyarbakir, Erdogan meinte, das kurdische Problem sei sein Problem ... Aber hat einer von ihnen die kurdische Frage gelöst? Meine Freunde, Tränen haben keine Farbe, aber die Farbe von Blut ist rot. Sowohl die sterbenden Soldaten als auch die in den Bergen sind unsere Geschwister. Das Blutvergießen muss gestoppt werden. Wir sind bereit, uns vor dem zu verbeugen, dem das gelingt. In letzter Zeit sind große Anstrengungen unternommen worden, um die kurdische Frage zu lösen. Aber die Generäle haben auch hier eingegriffen. Sie lassen es nicht zu, dass die kurdische Frage gelöst wird. Ich frage Euch, wird Deniz Baykal sie lösen? Dieses Land hat fünf Putsche erlebt. Dieses Land wurde von Linken, Rechten und solchen, die sich Moslems nennen, regiert. Nur die Kurden waren nicht an der Regierung. Jetzt, am 22. Juli, sind die Kurden an der Reihe. Jetzt ist die Zeit der Kurden gekommen. Ihr seid es, die diese Gesellschaft demokratisieren werden. Die Kurden werden diesem Land Demokratie bringen. Am 22. Juli werden wir eine neue Türkei erschaffen. Das sind wir uns schuldig. Liebe Freunde, ich entschuldige mich dafür, dass ich Euch bis heute keinen Frieden geschaffen habe. Ich entschuldige mich im Namen meiner Freunde. Am 22. Juli werden wir vor allem ‚Frieden‘ sagen.“

Am Tag seiner Beerdigung versammelten sich Zehntausende in Cizre, die Geschäfte schlossen, die Straßen wurden für den Verkehr gesperrt. Nach Stundenlangem Warten traf der Konvoi mit dem Leichnam Orhan Dogans, begleitet von seinen Familienangehörigen, Leyla Zana, Hatip Dicle, Selim Sadak und dem Oberbürgermeister von Diyarbakir Osman Beydemir erst abends gegen 18.30 Uhr in Cizre ein und wurde von 200.000 Menschen zum Friedhof begleitet. Nach den Reden seiner Tochter Asegül Dogan und von Leyla Zana wurde Orhan Dogan begraben. Leyla Zana sagte: „Ein Stern erlosch in unfriedlicher Zeit ...“

Distomo

Villa in Italien zur Entschädigung herangezogen

Im März 2006 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Entschädigungsklagen der vier Geschwister Sfountouris aus Distomo abzulehnen sind und die Bundesrepublik Deutschland nicht von Zivilpersonen individuell auf Entschädigung für Kriegsschäden verklagt werden könne. Die Bevölkerung des Dorfes war am 10. Juni 1944 von SS-Einheiten regelrecht abgeschlachtet worden. 218 Menschen starben bei dem Massaker, der Ort wurde von den deutschen Soldaten zerstört. Zu den wenigen Überlebenden gehören die Geschwister Sfountouris, damals drei und vier Jahre alt. Sie verloren damals 32 Familienangehörige. Argyris Sfountouris kam Ende der 40er Jahre in die Schweiz in das Kinderdorf Pestalozzi, konnte dort studieren, bekämpfte öffentlich das Obristenregime und organisierte am 50. Jahrestag des Massakers von Distomo in Delphi eine Friedenstagung, wo mit deutschen Wissenschaftlern über Versöhnung und Strategien zur künftigen Verhinderung solcher Kriege debattiert wurde – es war die Zeit des Jugoslawienkrieges. Die deutsche Botschaft reagierte nicht auf die Einladungen zur Konferenz, sondern bezeichnete die Gräuel von Distomo als „normale Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung“. Das war der Auslöser für die Klage der vier Hinterbliebenen der Großfamilie Sfountouris gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Entschädigung für das zerstörte Haus, das geraubte Eigentum und die erlittenen gesundheitlichen Schäden. Weitere 290 Nachfahren der Opfer von Distomo reichten eine Kollektivklage ein. Die Gerichte in Deutschland wiesen alleamt die Klagen ab. In Griechenland verurteilte das höchste Gericht Areopag die Bundesrepublik auf Schadensersatz von 28,5 Millionen Euro. Die schon eingeleitete Zwangsversteigerung von deutschen Gebäuden in Athen wurde von der griechischen Regierung auf deutschen Druck gestoppt, ein extra eingesetztes Sondergericht machte die Entscheidung des Areopag rückgängig.

Vor wenigen Wochen, am 12. Juni 2007, hat ein Gericht in Florenz einer Klage der Geschwister stattgegeben und als Entschädigungszahlung eine deutsche Liegenschaft des deutschen Staates in Italien herangezogen. Die Villa Vigoni am Comer See wurde mit einer Hypothek belastet. Das deutsche Außenministerium hat vor dem Kassationsgericht in Rom Berufung eingelegt. rub

Über den Lebensweg der Hinterbliebenen von Distomo ist ein Dokumentarfilm gedreht von Stefan Haupt gedreht worden. Sein Titel lautet: „Ein Lied für Argyris“.



Südafrika: 2007 bereits 11 Millionen Streiktage

Ende Juni haben die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst ihren vierwöchigen Streik beendet (wir berichteten). Sie erkämpften eine Lohnerhöhung von 7,5%. Die Regierung hatte zunächst nur 6% mehr zahlen wollen, die Gewerkschaften hatten ihre ursprüngliche Forderung von 12 auf 10% reduziert. Das Ergebnis wird von vielen als unzureichend empfunden, die Beschäftigten insbesondere im Gesundheitswesen bleiben damit deutlich unterbezahlt, und an der dadurch mitbedingten Misere des Gesundheitswesens wird sich nicht viel ändern. Am 6. Juli sind nun Zehntausende Beschäftigte in der Metallindustrie und im Maschinenbau in den Streik getreten. 260.000 Arbeiter demonstrierten am 9. Juli in Johannesburg zur Unterstreichung ihrer Forderung nach einer Lohnerhöhung von 10% für niedrig verdienende und 9% für beserverdienende Beschäftigte in der Branche. Sie nutzen die günstige Lage, denn u.a. aufgrund der Vorbereitungen auf die Fußballweltmeisterschaft sind die Auftragsbücher der Betriebe voll. Die Metallarbeitgeber bieten bisher zwischen 7,3 und 7,8%. (Quelle: www.labourstart.org)

Afrikanische Union für lang-samen Prozess der afrikanischen Integration

Der Gipfel der Afrikanischen Union (AU) hat sich auf einen langsam Prozess der afrikanischen Integration verständigt. Während Länder wie Libyen und Senegal für eine schnelle Einheit eintraten - Gaddafi warb für die schnelle Durchsetzung der Idee der Vereinigten Staaten von Afrika und eine zwei Millionen Soldaten starke gemeinsame afrikanische Armee - beschloss die Mehrheit den v.a. von Südafrika, Nigeria, Ghana oder Uganda vertretenen Kurs. So sollen die Institutionen der AU allmählich gestärkt werden, die 53 Mitgliedstaaten bis 2015 schrittweise und auf einigen Feldern ihre nationale Souveränität auf die AU übertragen. Die

Pan-Afrikanische Agentur für Kooperation, Forschung und Entwicklung betonte, dass der politischen Integration Schritte in Richtung einer wirtschaftlichen Integration vorausgehen müssten. Südafrika machte geltend, dass wichtiger als eine gemeinsame Armee ein gemeinsames Konzept der Armutsbekämpfung sei. Wie schwer der Prozess ohnehin werden wird, wird auch daran deutlich, dass bisher erst 7 der 53 Mitgliedstaaten ihren Finanzbeitrag an die AU entrichtet haben. Andere kritisieren, dass die afrikanischen Staaten bisher keine gemeinsame Strategie gegen die den Kontinent erschütternden Krisen gefunden haben. (Quelle: ND 5.7.)

Polen: „Verständigung linker Parteien“ gebildet

Ende Juni versammelten sich 500 Vertreter außerparlamentarischer Gruppierungen und gründeten die „Verständigung linker Parteien“. Mitglieder sind die Polnische Partei der Arbeit PPP, die Polnische Sozialistische Partei PPS, die Linkspartei Racja und der „Verein Ed-



ward Gierek“. Der Bund Polnischer Lehrer, die Gewerkschaft der Metallarbeiter und auch der Gewerkschaftsbund OPPZ, deren Vertreter als Gäste teilnahmen, signalisierten Interesse an gemeinsamen Aktionen. Die Beteiligten zeigten sich zuversichtlich, eine linke Alternative zum Bündnis der Demokratischen Linken SLD aufbauen zu können. Eine der Forderungen des Kongresses ist der Abzug der polnischen Truppen aus Afghanistan und Irak. Allerdings nahmen einige Strömungen der insgesamt eher schwachen Linken nicht teil und äußerten sich anschließend kritisch, so dass von einer „Verständigung“ der außerparlamentarischen Linken noch nicht die Rede sein kann. (Quelle: ND, 28.6., Bild: lavka.info)

Polen: Ärztestreik offenbart Krise des Gesundheitswesen

Seit Mitte Mai dauert der Streik polnischer Ärzte, dem sich auch Beschäftigte im Pflegebereich angeschlossen haben. Ursache des Streiks ist die drama-

tische Unterbezahlung im Gesundheitswesen. Junge Ärzte erhalten gerade mal 330 Euro brutto, für Spezialisierungen gibt es kaum nennenswerte Erhöhungen. Die Gewerkschaft OZZL fordert, dass der Staat dem Nationalen Gesundheitsfonds (NFZ), bei dem die Krankenhäuser hoch verschuldet sind, noch in diesem Jahr 300 Mio. Euro zur Gehaltsaufstockung überweist. Sie will z.B. für Fachärzte einen Monatslohn von gut 1.900 Euro durchsetzen. Die Situation ist höchst kompliziert. Die Gesundheitsversorgung ist kostenlos, ein Grund für die hohe Verschuldung der Krankenhäuser beim NFZ. Die Krankenhäuser zahlen hohe Summen zum Schuldenausgleich, die dann bei den Löhnen und Gehältern fehlen. Die Regierung will jetzt Geld zur Verbilligung von Medikamenten, nicht aber für Gehaltserhöhungen zahlen. Tausende Stellen im Gesundheitswesen sind nicht besetzt, weil immer mehr Ärzte und Pflegepersonal ins Ausland gehen, wo sie oft ein Vielfaches verdienen. Deshalb ist auch die Patientenversorgung, trotz des anerkannten hohen Standards der Medizinerausbildung, schlecht. Im letzten Jahr wurden über 4 Mrd. Euro für die Behandlung in Privatkliniken entrichtet; hier legen viele Mediziner nach ihrer Schicht im staatlichen Krankenhaus eine weitere Schicht ein. In den staatlichen Krankenhäusern läuft ohne Schmiergeld wenig. Der Streik trifft jetzt vor allem die Älteren und Armen, die besonders auf medizinische Hilfe angewiesen sind. Umgekehrt zeigen manche Aktionen wie der Hungerstreik mehrerer hundert Ärzte oder Straßenblockaden, wie verzweifelt die Situation der Beschäftigten ist.

Konflikt um Raketenabwehr immer gefährlicher

Während seines US-Besuchs machte Putin Bush das neue Angebot, gemeinsam eine Radarstation als Teil eines Frühwarnsystems in der südrussischen Region Krasnodar zu errichten. Damit ging er über das bisherige Angebot, die veraltete Anlage in Aserbeidschan gemeinsam zu nutzen, hinaus. Dem neuen Vorschlag gemäß soll die Kontrolle dem Nato-Russland-Rat übertragen werden, damit wären Nato und die EU eingebunden, das Interesse Polens und Tschechiens an Absicherung der Souveränität gegenüber Russland und auch Deutschland durch die USA aber kontektiert (s. auch PB 13). Entsprechend herbe fiel die Ablehnung dieses neuen Vorschlags durch die polnische Regierung aus. Russland verband im Gegenzug das Angebot mit der Drohung, bei Ablehnung „geeignete Maßnahmen“ zu treffen und Raketen in der Exklave Kaliningrad zu stationieren. (Quelle: DW)

Zusammenstellung: scc

GEESTHACHT/KRÜMML. Am 28.06.2007 gab es gleich zwei Störfälle in den norddeutschen Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel, die jeweils eine Schnellabschaltung zur Folge hatten. Diese schweren Störfälle nahmen am 1. Juli 2007 etwa 200 Menschen zum Anlass, am AKW Krümmel gegen den Weiterbetrieb der Meiler, die Laufzeitverlängerung und gegen die Atomener-



gie allgemein zu protestieren. „Vattenfall hat jedes Vertrauen verspielt. Gera de gegenüber den Menschen in der Elbmarsch, die aufgrund der Leukämiefälle ohnehin in besonderer Angst vor dem AKW leben, war das Zurückhalten von Informationen nach dem Brand unverantwortlich. Wir fordern erneut, die AKWs Brunsbüttel und Krümmel für immer stillzulegen.“ www.contranetz.de

Neckarwestheimer Erklärung

NECKARWESTHEIM/HEILBRONN. 18 Umweltverbände und Bürgerinitiativen starteten am 5.7.2007 eine gemeinsame Unterschriftenaktion. Unter dem Titel „Neckarwestheimer Erklärung“ – Atomkraftwerk Neckarwestheim I stilllegen! Laufzeit nicht verlängern! – formiert sich damit Widerstand gegen die von der Energie Baden-Württemberg (EnBW) beantragte Laufzeitverlängerung für den über dreißig Jahre alten Reaktor Neckarwestheim I, obwohl auch die EnBW im „Atomkonsens“ unterschrieben hat, die Anlage bis 2009 stillzulegen. Die Organisationen wollen mit der Unterschriftenaktion Druck auf Betreiber und Politik ausüben. Ziel ist es, die geplante Strommengenübertragung vom neueren Block II zu verhindern und Block I stillzulegen.

www.neckarwestheimer-erklaerung.de

Volkspetition gegen Kraftwerk Moorburg gestartet

HAMBURG. Ein breites Bündnis aus Umweltverbänden und weiteren Organisationen will – adressiert an die Hamburger Bürgerschaft – ein deutliches Signal gegen das geplante Kohlekraftwerk am Standort Hamburg-Moorburg setzen. Die Hamburger Verfassung sieht die so genannte Volkspetition ausdrücklich als Beschwerdeinstrument vor, um das Parlament auf Missstände hinzuweisen. Die Volkspetition ist aber auch als Botschaft an den Energiekonzern Vattenfall zu verstehen. Dieser plant für rund 1,7 Milliarden Euro ein gigantisches Kraftwerk, das mit klimaschädlicher Steinkohle befeuert werden soll und das zudem mit erwärmttem Kühlwasser zusätzlich die Elbe belastet. Der Klimawandel macht nach Auffassung der Initiatoren der Petition eine radikale Umstellung in der Energieversorgung notwendig. Vattenfall hat auch als Konzern die Verpflichtung, zukunftsfähige Versorgungskonzepte zu etablieren und darf nicht weiterhin auf überholte Großtechnologien setzen. Die beteiligten Organisationen sind optimistisch, die notwendigen 10.000 Unterschriften innerhalb kurzer Zeit zusammen zu bekommen. Ist die notwendige Anzahl erreicht, wird die Petition der Bürgerschaft vorgelegt, anschließend muss

sich das Hamburger Parlament mit den Anliegen ausführlich beschäftigen. „Hier wird es zum Schwur kommen, welche Abgeordneten es tatsächlich noch verantworten können, dass derartig klimaschädliche Kraftwerke gebaut werden“, so die Initiatoren der Volkspe-
www.kohle-killt-klima.de

Hausdurchsuchungen gegen antifaschistische Zusammenhänge

HEIDELBERG. Auf Anweisung der Staatsanwaltschaft durchsuchten in den Morgenstunden des 4.7.2007 Beamte des Heidelberger Dezernats Staatsschutz Geschäftsräume sowie die Privatwohnung eines in antifaschistischen Zusammenhängen aktiven Menschen. Der absurde Anlass: Vor mehr als einem Jahr (!) wurde an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg eine Outing-Aktion durchgeführt, in der die KommilitonInnen und DozentInnen einer dort auf Lehramt studierenden Rechtsextremistin auf deren Aktivitäten in der rechten Szene aufmerksam gemacht wurden. Die Hausdurchsuchungen blieben ohne jedes Ergebnis; dennoch wurde der Betroffene unmittelbar im Anschluss einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen. Die Rote Hilfe Heidelberg erklärt dazu: „Mit dieser Repressionsmaßnahme, die staatsanwaltschaftlich mit dem Vorwurf der ‚übeln Nachrede‘ begründet wurde, wird nicht nur dringend notwendige Aufklärungsarbeit über neofaschistische Strukturen in der Rhein-Neckar-Region zur Straftat erklärt. Sie reihen sich darüber hinaus ein in die in den letzten Monaten forcierte staatliche Strategie, eine nicht näher definierte ‚autonome Szene‘ unter fragwürdigsten Vorwänden zu kriminalisieren und damit die gesamte Linke auszuforschen und einzuschüchtern. Die Rote Hilfe Heidelberg protestiert gegen die Hausdurchsuchungen und fordert die unverzügliche Einstellung des Verfahrens.“ www.rote-hilfe.de

Schlageter-Stein gekippt: Keine Strafe für Künstler

LANDSBERG. Das Amtsgericht Landsberg am Lech hat Strafbefehle gegen den Künstler Wolfram Kastner und die Journalisten Veronika und Claus-Peter Lieckfeld zurückgenommen. Ihnen war

„gemeinschädliche Sachbeschädigung“ vorgeworfen worden, weil sie einen Gedenkstein für die Nazi-Ikone Albert Leo Schlageter umgekippt hatten. Das Verfahren gegen Kastner und Claus-Peter Lieckfeld wurde eingestellt; Veronika Lieckfeld, die fotografiert hatte, wurde freigesprochen. Kastner und Lieckfeld hatten über längere Zeit mit dem Landsberger Oberbürgermeister korrespondiert und sich für eine kommentierende Tafel zum Schlageter-Stein in der bayerischen Stadt eingesetzt. Schlageter war ein rechtsextremistischer Gewalttäter, der von den Nationalsozialisten zum „Märtyrer der Bewegung“ hochgespielt wurde und bis heute von Neonazis verehrt wird. Der Ältestenausschuss des Landsberger Stadtrats hatte eine kommentierende Tafel abgelehnt. Daraufhin hatten Kastner und Lieckfeld den Stein umgekippt und dies als Denkanstoß bezeichnet. In einer Erklärung verweisen Kastner und Lieckfeld darauf, dass das Gericht ihr Anliegen „grundätzlich angebracht“ und nur die Form „diskussionswürdig“ fand. Eine Bestrafung wäre unverhältnismäßig gewesen, so das Gericht. Derzeit lagert der umstrittene Stein auf einem Bauhof der Stadt. Kastner und Lieckfeld hoffen nun, dass er – in symbolträchtiger Schieflage und mit einer historischen Einordnung versehen – an seinen ursprünglichen Standort zurückkehrt. (Aus: Neues Deutschland 7.7.07) www.nd-online.de

Züblin AG im Kreuzfeuer der Kritik wegen Ilisu-Staudamm

STUTTGART. Während der Aktionärsversammlung der Züblin AG forderten verschiedene Initiativen mit einer Kundgebung vor der zentralen Niederlassung in Stuttgart die Baufirma auf, sich aus dem hoch umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt im Südosten der Türkei zurückzuziehen. „Das Ilisu-Projekt verletzt das Völkerrecht und die für derartige Vorhaben üblichen internationale Standards“, urteilt Markus Dufner vom Dachverband der kritischen Aktionärrinnen und Aktionäre. „Die Anteilseigner sollten auf den sofortigen Rückzug des Unternehmens drängen – ein Schritt, den die Zürcher Kantonalbank vor kurzem bereits vollzogen hat.“ www.weed-online.org

Streitzeit am Tor: Jugendliche fordern Grundrecht auf Ausbildung

BERLIN. Vom Grundrecht auf Ausbildung bis zur Ausbildungsplatzumlage: Was Jugendliche von Wirtschaft und Politik zur Lösung dieses Problems erwarten, machten sie bei einem öffentlichen Roundtable am 25.6.2007 vor dem Brandenburger Tor in Berlin deutlich. Jugendliche aus Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen oder Berlin schilderten in der live im Internet übertragenen Diskussion ihre vergebliche Suche nach einem Ausbildungsplatz. Etwa der Berliner Jeremy, 19, der bereits seit 2002 eine Lehrstelle am liebsten als Anlagenmechaniker sucht – trotz zahlreicher Bewerbungen, Praktika und auch Flexibilität in der Berufswahl noch immer ohne Erfolg.

Von bis zu 140 erfolglosen Bewerbungen berichteten auch die anderen jugendlichen TeilnehmerInnen der Diskussionsrunde, stellvertretend für die über 250 Jugendlichen am Brandenburger Tor, die nach Berlin gereist waren, um auf die Ausbildungsplatzmisere aufmerksam zu machen. Vor allem HauptschülerInnen haben trotz guter Noten wenig Chancen, einen der begehrten betrieblichen Ausbildungsplätze zu ergattern. Auf viele Bewerbungen erhielte man nicht nur keine Reaktion, nicht einmal die Bewerbungsunterlagen würden zurückgeschickt. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer berichtete während der Diskussion sogar von einer jungen Berlinerin, die ohne Erfolg 1400 Bewerbungen an Betriebe gerichtet hatte. Der vor drei Jahren von Bundesregierung und Industrie- und Handwerksverbänden ins Leben gerufene Ausbildungspakt habe die Situation auf dem Ausbildungsmarkt nicht verbessert. „Wir dürfen jetzt keine Ruhe geben, bis eine Lösung gefunden ist“, erklärte Sommer und erneuerte die alte gewerkschaftliche Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage. Zudem forderte er ein Grundrecht auf Ausbil-

dung in der Verfassung. Die jugendlichen Diskutanten zeigten sich nach der Diskussion enttäuscht von den Aussagen der Vertreter aus Politik und Wirtschaft. Neue Impulse hätte es nicht gegeben, darin sind sich die Jugendlichen einig. „Ich werde weitermachen wie bisher, Bewerbungen schreiben und kämpfen!“, erklärt Jens, der nach über 70 Absagen weiterhin einen Ausbildungsplatz als Zerspanungsmechaniker sucht. Und der 19-jährige Jeremy ist überzeugt: Nur durch noch mehr Druck der Öffentlichkeit und verbindlichen Regelungen lässt sich die Ausbildungsplatzmisere bewältigen. Schönreden gilt nicht mehr! Das ist die einhellige Botschaft der über 250 Jugendlichen von der „Streitzeit am Tor“. An den Bundestag soll eine mindestens ebenso eindeutige Botschaft gehen: In einer Petition fordern die Jugendlichen ein Grundrecht auf Ausbildung.

Skandalöses Versagen bei Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes

BERLIN. Anlässlich der erneut gescheiterten Verabschiedung der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes hat der NABU (Naturschutzbund Deutschland e.V.) gefordert, die jetzt zu erwartenden EU-Strafzahlungen aus den Mitteln des Agrarressorts zu bestreiten. Die bislang nicht geleisteten Nachbesserungen im Naturschutzgesetz seien eindeutig der Blockade-Haltung im Seehofer-Ministerium zuzuordnen. Skandalös sei auch die fehlende Bereitschaft der Land- und Forstwirtschaftslobbyisten, ihren Beitrag zum Natur- und Artenschutz zu leisten. Mit Erstaunen und Unverständnis betrachte der NABU daher die Entwicklung, dass Abgeordnete der Unionsfraktionen offen zur Missachtung des EU-Rechts aufriefen.

„Die stoische Weigerung sich an gelendes EU-Recht zu halten, kann den Steuerzahler künftig Millionen kosten. Die daraus resultierenden Strafzahlungen sollten nach dem Verursacherprinzip daher 1:1 dem Agraretat entnommen werden“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hatte in seinem Urteil vom 10. Januar 2006 festgestellt, dass das Bundesnaturschutzgesetz in mehreren Punkten gegen das EU-Recht verstößt. Nun drohen Deutschland Strafzahlungen in Millionenhöhe.

Es ist die dritte Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes seit 1998, die immer noch nicht dem europäischen Recht entspricht. „Besonders peinlich ist dabei die Tatsache, dass Deutschland erst kürzlich einen Entwurf der nationalen Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt vorgelegt hat, der mit dem jetzigen Stand des Bundesnaturschutzgesetzes vollständig konterkariert wird“, betonte Miller.

www.nabu.de



Schulische Personalräte fordern: Gute Schule braucht gute Arbeitsbedingungen. HAMBURG. Mit einer Resolution und einem Demonstrationszug endete am 20.6.2007 die erste gemeinsame Konferenz der schulischen Personalräte. Rund 600 Personalratsmitglieder aus über 400 Schulen waren der Einladung von GEW und ver.di gefolgt – die HausmeisterInnen, SekretärInnen, SozialpädagogInnen, ErzieherInnen und Lehrkräfte debattierten im vollbesetzten großen Saal des Curiohauses engagiert über die Themen Arbeitszeit und -belastung und verabschiedeten einstimmig einen Forderungskatalog:

- Abschaffung der Lehrerarbeitszeitverordnung!
- Die Zahl der Unterrichtsstunden muss für alle Lehrkräfte gesenkt werden!
- Es muss für alle eine erträgliche Obergrenze von Wochenstunden geben!
- Alle Klassen und Lerngruppen müssen kleiner werden!
- Altersentlastung muss für alle KollegInnen ab 55 wieder eingeführt werden!
- Erhöhung der Verwaltungsstunden und die Höhergruppierung der Schulhausmeister, Verwaltungsangestellten und sozialpädagogischen Fachkräfte aufgrund aktueller Stellenbeschreibungen!
- Keine Privatisierungen an den staatlichen Schulen!

An den Schulen wird in einer Unterschriftenaktion ermittelt, ob die Senatorin recht hat mit der Aussage, dass viele zufrieden sind oder ob die Belastungen an den Schulen auf breite Ablehnung stoßen. Diese Unterschriften werden in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion unter Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen nach den Ferien der Senatorin vorgelegt werden. Die Aktionen sind als Auftakt einer längerfristigen Kampagne des Widerstands zu verstehen

www.gew-hamburg.de



In der Auseinandersetzung um den Neubau der Moschee zu Köln bilden sich neue politische Fronten. Die Zeiten, in denen die christlichen Kirchen einigermaßen geschlossen als Fürsprecher der Freiheit für andere Bekenntnisse auftraten, enden. Hohe Kirchenführer – der Kölner Kardinal Meisner kann sich in diesem Fall auf den Papst berufen – fordern eine privilegierte Stellung des christlichen Bekenntnisses im Staat. Wie dokumentieren die Berichterstattung der Lokalberichte Köln, 14/07

Veranstaltung des BDA zum Moscheebau

„Warum sollte sich die Moschee verstecken, sie hat die angemessene Größe“

KÖLN. Der Bund der Architekten führte am 2. Juli im KAP Forum im Rheinauhafen eine Veranstaltung zum Bau der Kölner Moschee an der Venloer Straße durch. Der Veranstalter stellte dabei die architektonischen Fragen in den Mittelpunkt. Gerade deshalb entwickelten sich eine interessante Veranstaltung.

Der Architekt der Moschee, der bundesweit bekannte Kirchenbaumeister Paul Böhm stellte zu Beginn der Veranstaltung die Veränderung des Projektes dar. Paul Böhm hatte ja mit seinem Modell den Architektenwettbewerb gewonnen. In der Zwischenzeit hat der Bauträger, die DITIB, Böhm den Auftrag erteilt, den Bauantrag zu erarbeiten und das Modell zu überarbeiten.

DITIB hatte seine Vorstellungen in einem „Eckdatenkatalog“ niedergeschrieben. Dabei spielten u.a. auch liturgische Gründe eine Rolle, zum Bei-

spiel dass der Gebetsraum nach Mekka ausgerichtet sein muss und dass zu viele Säulen die Gebetsreihen trennen. Böhm bezeichnete die Diskussionen zwischen dem Architekten und dem Bauherrn schon als sehr „anstrengend“, aber das könne dem Bauwerk nur nutzen. Durch die gemeinsam erarbeiteten Änderun-

gen wird die Moschee offener und transparenter. Die Schalenform der Moschee ist jetzt noch klarer und offener gestaltet, mit viel mehr Glasflächen als im alten Entwurf. „Das wird eine sehr spannende Lichtsituation werden“, meint Böhm.

Über eine offene Freitreppe verbunden mit einem Platz sind alle Räume erreichbar. Es entsteht ein eigenes Bibliothekshaus mit einem Stadtcafé und einer Vielzahl von Basarläden. „Da habe ich direkt Einfluss genommen“, sagte

Böhm und berichtete, dass sich über 100 Personen darum bewerben. Auf eine Nachfrage machten sowohl der Architekt, wie aber auch die Vertreter von DITIB klar, dass die Moschee mit allen Einrichtungen offen und für jedermann zugänglich ist.

Der Vorsitzende des Preisgerichtes des Wettbewerbs für die Kölner Moschee, Prof. Dr. Max Bächer, hatte sich die Veränderungen genau angesehen und war begeistert: „großartig“ und: „vorher war die Moschee eher abgeschlossen, jetzt ist sie offen.“ „Ein exzenter Standort, der Bau passt zur Umgebung“, meinte Bächer. „Warum sollte sich die Moschee verstecken, sie hat die angemessene Größe, auch die Minarette.“

Dem widersprach der stellvertretende Chefredakteur Joachim Frank, der seinen Chef Herrn Sommerfeld vertrat, –

„Einblick“ Zeitschrift des DGB, Nr. 12, Seite 6

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), die Interessenvertretung türkischstämmiger Muslime in Deutschland, will 2009 auf dem Gelände ihrer Zentrale in Köln eine neue Moschee bauen – einen repräsentativen, offenen Kuppelbau mit zwei Minaretten. Die Diskussion darüber schlägt hohe Wellen – über die Domstadt hinaus: Der Publizist Ralph Giordano ist gegen den Bau, der Publizist Henrik M. Broder dafür, ebenso der DGB Köln, „Einblick“ fragte den Regionsvorsitzenden Wolfgang Uellenberg-van Dawen, warum.

„Als Einheitsgewerkschaft respektieren wir die religiösen Überzeugungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darum ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Muslime ebenso wie Christen an einem würdigen Ort ihre Religion ausüben können und zwar nicht nur in Hinterhöfen wie seit 45 Jahren, sondern in einer repräsentativen Moschee. Letztlich geht es darum, Freiheitsrechte zu verteidigen. Die Religionsfreiheit ist ein solches Recht.“

Wir ergreifen nicht einseitig Partei für die DITIB, den türkischen Staat oder den Islam.

Wir haben seit Jahren gute Kontakte

zu kurdischen und nichtreligiösen türkischen Migranten, die sich kritisch mit dem Islam und dem türkischen Staat auseinandersetzen. Aber wir bekämpfen jede Art von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

Wir sind für die soziale und kulturelle Integration der Migranten, aber gegen ihre Assimilation, sprich ihre Unterwerfung unter eine „deutsche Leitkultur“.

Übrigens wollen wir auch der DITIB Seminare für türkische Jugendliche und deren Eltern zum Thema Schule und Beruf anbieten, wir werden einen Frauen-Arbeitskreis ins Leben rufen und Informationsmaterial zum Arbeitsrecht in türkischer Sprache verteilen.

Die Kölner Bevölkerung ist mehrheitlich für die Moschee, doch natürlich gibt es Ängste und Vorbehalte. Die nehmen wir ernst, wir bemühen uns um eine Versachlichung der Diskussion.

Und natürlich herrscht Meinungsfreiheit, man kann sich gegen den Bau dieser Moschee aussprechen, ohne rechtsradikal zu sein. Trotzdem teile ich diese Meinung nicht. Denn es gibt keinen Unterschied zwischen Kirchen, Synagogen und Moscheen.“

Ein Leserbrief in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9.11.07 verweist vorsichtig aber deutlich auf die antisemitischen Traditionen der Moscheebaukritik

Geheilt

Zum Artikel „Kardinal Meisner kritisiert Moscheebau“ (F.A.Z. vom 21. Juni): Mit Sorge nehme ich zur Kenntnis, dass Kardinal Meisner von einem „Erschrecken“ und einem „Kulturbuch“ spricht, wenn im Panorama von Köln künftig auch eine Moschee zu sehen ist. Von 1861 bis 1938 stand in der Kölner Glockengasse eine große Synagoge im maurischen Stil mit Minaretten und goldener Kuppel. Gegen diesen Bau wurde mit nahezu gleichen Worten polemisiert, bis er am 9. November 1938 in Brand gesetzt und vollkommen zerstört wurde. Damit war in der Vorstellung derjenigen, in deren Tradition Kardinal Meisner heute spricht, das Panorama von Köln wiederhergestellt und der „Kulturbuch“ geheilt. 1957 wurde dann an gleicher Stelle ein Opernhaus errichtet, um auch die letzten Narben, die von der Entstellung des Kölner Panoramas durch die Synagoge übrig waren, in Vergessenheit geraten zu lassen. Ich darf bei einem langjährigen Kölner Kardinal davon ausgehen, dass er die Geschichte Kölns zumindest innerhalb der Grenzen seiner eigenen Lebensspanne in groben Zügen kennen wird und seine Worte vor diesem Hintergrund zu setzen weiß.

Jörg Mathias Freick, Köln

warum war nicht zu erfahren. Auf die Frage des Moderators, warum sich der „Kölner Stadt-Anzeiger“ bei der Moscheediskussion zu Beginn zurückgehalten habe und erst mit dem Interview mit Ralf Giordano in das Thema eingestiegen sei, antwortete Joachim Frank: „Wir wollten die Debatte anstoßen.“

Das war dem Stadt-Anzeiger auch gelungen. Nur wisse man nicht immer, auf was er hinauswolle, war die Rückfrage. „Ich bin für den Bau der Moschee,“ meinte Frank, aber die Umfrage des Kölner Stadt-Anzeigers werfe die Frage auf, ob die Moschee so gebaut werden könne.

Dem widersprachen Paul Böhm und Prof. Dr. Max Bächer. Die Moschee ist ein Zeichen. Darum gehe es. Ob die Minarette dann drei Meter höher oder niedriger sind, darum gehe es doch gar nicht. Bächer machte dem stellvertretenden Chefredakteur klar, „dieses Zeichen muss man erkennen und sehen, wer baut bleibt auch hier“. Es sei kein Zeichen nach außen, sondern nach innen: Ich will hier leben und will hier bleiben. Das kam beim Publikum an.

Die beiden Vertreter von DITIB, Herr Celik und Herr Schmiede griffen auch in die Diskussion ein, aber sehr allge-

mein. Spannend wurde es, als sie berichteten, dass in der DITB-Gemeinde auch heftig diskutiert wird. „Den Menschen, die in der ersten Generation in Deutschland leben, ist die Moschee zu modern“, meinte Celik: „Jüngere Menschen sehen das anders.“

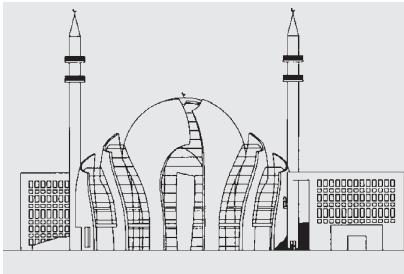
An dieser Stelle wurde zum ersten Mal deutlich, dass die Architektur der Moschee von Paul Böhm in gewisser Weise auch einen Kompromiss darstellt. Auf der einen Seite konservative, ältere Türken und auf der anderen Seite „Deutsche“, denen die Moschee „zu groß“ ist. Das wurde nicht weiter vertieft, lag aber

politisch in der Luft.

Der Vertreter des Kölner Stadt-Anzeigers wurde von der ehemaligen SPD-Ratsfrau Dörte Gerstenberg kritisiert und angegriffen. Zu Recht, die Arroganz war zwar

verhalten, aber schlussendlich markant. Für Joachim Frank war wichtig, „wie sich die Moschee und DITIB in die Gesellschaft einfügen“. An dieser Frage und dem ganzen Tonfall wird deutlich, wer den Ton angeben will in dem so „hülligen Köln“: Die Ideologen des christlichen Abendlandes.

Jörg Detjen



Ungute Gefühle

Kardinal Meisners konservative „Kulturbruch“-Thesen stifteten Unfrieden

Kardinal Meisner hat ein „ungutes Gefühl“ beim Bau der Moschee. Da man ihn als „Hassprediger“ nicht bezeichnen darf, – Jürgen Becker darf diese Äußerung nicht mehr machen – sollte der Leser doch folgendes Zitat kritisch hinterfragen:

„Letztens sagten mir noch traditionsbewusste Kölner, dass das Stadtpanorama in Köln wie in keiner anderen deutschen Stadt durch die Jahrhunderte dokumentiert sei. Ein neues Stadtpanorama würde künftig auch noch eine Moschee zeigen. Daraus spricht vor dem Hintergrund der Historie ein gewisses Erschrecken über einen Kulturbruch, der in unserer Kultur durch die Einwanderung der Muslime vorgefallen ist.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 21.6.2007) „Kulturbruch“ ist Meisners Geißel. Ist diese Behauptung aber nicht einfach Unsinn? Das Stadtpanorama vieler Metropolen hat sich in den letzten tausend Jahren vielfach geändert. Zum Beispiel das von Istanbul. Auch das von Köln.

Der Bau der Jüdischen Synagoge durch den damaligen Dombaumeister war eine einschneidende Veränderung. Von eher kulturlosen, technischen An-

forderungen, wie Stadtautobahnen ganz zu schweigen. Der Leitantrag der Kölner CDU für die Mitgliederversammlung am 14. August zum Thema Moschee spricht zwar nicht von „Kulturbruch“, aber haut in die gleiche Kerbe: „Wer in Deutschland leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung annehmen“ ist da zu lesen und dazu gehört die Vorherrschaft des christlichen Abendlandes. Moderne Zivilgesellschaften brauchen eine Bekennnisfreiheit. Und da hat der Politikwissenschaftler Claus Leggewie in einem Aufsatz im Kölner Stadt-Anzeiger am 29.6.2007 zu Recht die deutschen Staatskirchen kritisiert, dass sie die Muslime zur Religionsgemeinschaft zweiter Klasse machen wollen. Auch die Muslime müssen das Recht erhalten, als „Körperschaft öffentlichen Rechts“ anerkannt zu werden. Weil nicht davon auszugehen ist, dass die beiden großen Kirchen dieses Privileg freiwillig zurückgeben werden: „Irgendwann (müssen die Kirchen) in den sauren Apfel beißen und die Gleichberechtigung der Muslime hinnehmen.“ Jörg Detjen

Mit Moscheebau-Gegnern „solidarisch“

BERGISCHE-GLADBACH/KÖLN. Publizistische Unterstützung erhalten die Gegner des Moschee-Neubaus in Köln-Ehrenfeld nicht nur durch einschlägig rechte Zeitungen und Zeitschriften. Auch der Weblog „politically incorrect“ (pi) mit Sitz im benachbarten Bergisch-Gladbach hat sich auf die Seite von Marylin Anderegg, der Sprecherin der Ehrenfelder „Anwohnerinitiative“ gegen den Moschee-Neubau und zugleich Funktionärin der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ geschlagen.

„Danke, Marylin!“ heißt es dort nach dem Aufmarsch der „pro Köln“-Leute am 16. Juni, der von belgischen Rassisten und führenden Funktionären der österreichischen Rechtspartei „FPÖ“ unterstützt wurde. Die „überwiegend islamkritischen pi-Leser zeigen sich beeindruckt von der unermüdlichen Arbeit der Kölner Moscheegegner“, heißt es dort. Natürlich darf sich die „pro Köln“-Funktionärin im pi-Weblog auch für die vielen freundlichen Zusprüche bedanken.

Nach eigenen Angaben greifen täglich über 27 000 Menschen auf den Weblog zu, der sich als „proamerikanisch“ und „pro-israelisch“ bezeichnet und „gegen die Islamisierung Deutschlands“ eintritt. Gegründet wurde die Internetpräsenz von dem von Köln nach Bergisch-Gladbach verzogenen Sportlehrer Stefan Herre. Gemeinsam mit der Weblog-Redakteurin Dr. Beate Klein aus Berlin findet man Herre aber auch in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wieder. So veröffentlichten sie dort im vergangenen Jahr einen Beitrag für die Rubrik „Pro & Contra“. Herre selbst verfasste seit 2005 zahlreiche Leserbriefe an die „Junge Freiheit“ und das „Ostpreußenblatt“.

Vertreten war der pi-Weblog auch jüngst bei einem Treffen des „Bundesverband der Bürgerbewegungen“ in Wertheim. Die Vertreter zahlreicher Bürgerinitiativen gegen lokale Moscheebauprojekte lauschten dort einer Rede des Publizisten Udo Ulfkotte über eine mögliche „islamkritische“ Parteigründung. Zum Abschluss der Tagung wurde ein „Wertheimer Appell“ beschlossen, in dem die Politiker dazu aufgerufen werden, zu überprüfen, ob die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit überhaupt auf den Islam anwendbar sei. Ein EU-Beitritt der Türkei wird in dem Appell ebenso abgelehnt wie der Bau von Minaretten. Diese seien ein „Ausdruck des politischen Islam“ und daher abzulehnen.

abk

3000 Menschen beteiligen sich an aktivem Protest gegen NPD-Aufmarsch

FRANKFURT am Main. Die Anti-Nazi-Koordination und die Antifa Koordination kommen in einer ersten Bilanz zu dem Ergebnis: Die NPD und die Freien Kameradschaften konnten in Frankfurt am 7. Juli den Aufmarsch „Volksgemeinschaft statt Globalisierung“ mit mehreren hundert Teilnehmern durchführen, weil die Demonstration mit einem immensen Polizeiaufgebot gegen den Widerstand von mehreren Tausend Gegendemonstranten durchgesetzt wurde und einzelne Stadtteile quasi in einen Ausnahmezustand versetzt wurden. Die antifaschistischen Kräfte konnten den Aufmarsch zwar erheblich behindern und verzögern. Die Beteiligung der Neofaschisten (etwa 700) lag deutlich unter den eigenen Erwartungen. Sie mussten unter Polizeischutz (16 Polizisten pro Demonstrant) durch ein am Samstag weitgehend menschenleeres Gewerbegebiet laufen. Aber der Aufmarsch fand statt, da für eine erfolgreiche Verhinderung trotz einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung zu wenige auf der Straße waren.

Die Anti-Nazi-Koordination hatte frühzeitig mit der Gegenmobilisierung begonnen und konnte mit einem Aufruf, der auch Blockaden befürwortete, und einer Unterstützerliste einen breit angelegten gesellschaftlichen Widerstand organisieren.

Ein von vielen gefordertes und auch in der Stadtverordnetenversammlung auf Initiative von Linkspartei und SPD behandeltes Verbot des NPD-Aufmarsches wurde vom schwarz-grünen Magistrat ausdrücklich abgelehnt, da es vor den Gerichten keinen Bestand und deshalb nur „symbolisch“ sei. Die von der NPD ursprünglich beantragte De-

monstrationsroute durch die Innenstadt war zwar – im Ergebnis gerichtlich bestätigt – in ein Gewerbegebiet verlegt worden. Das hatte aber auch zur Folge, dass die Route von der Polizei durchgesetzt werden konnte.

Sowohl im Vorfeld als auch während des Nazi-Aufmarsches kam es zu massiver antisemitischer, und faschistischer Hetze sowie zu Gewaltandrohungen. Die Polizei hätte hier eingreifen können und müssen. Sie hat es nicht getan.

Die von manchen klammheimlich oder auch offen geradezu herbeigesehnten gewaltsamen Ausschreitungen von Antifa-Gruppen gab es nicht. Alle diesbezüglichen Vorhersagen von unterschiedlicher Seite erwiesen sich als interessegeleitete Hysterie und Panikmache.

Neben den Aktionen von Antifaschisten, die versuchten, den Nazi-Auf-



marsch auf der Straße zu verhindern, gab es in der Innenstadt eine Kundgebung des Römerbergbündnisses (DGB, Kirchen u. a.), an der sich rund 1500 Menschen beteiligten und auf der auch die Frankfurter OB Roth (CDU) sprach.

Die Anti-Nazi-Koordination bewertete die Politik der Exekutive im Ergebnis wie folgt: „... das politische Konzept des hessischen Innenministers Volker Bouffier und des schwarz-grünen Magistrats ist aufgegangen, sich das Heft des Handelns in der Frage, ob eine Nazi-Demonstration in Frankfurt stattfinden kann oder nicht, jedenfalls nicht ganz aus der Hand nehmen zu lassen. Damit hat die Exekutive ein weiteres Mal bewiesen, dass ihr wirksamer gesellschaftlich organisierter und nicht bloß symbolischer Antifaschismus ein Dorn im Auge ist. Die materiellen und vor allem die politischen Kosten dieser Politik sind hoch bzw. noch nicht einzuschätzen.“

Ein Lehrstück zum Thema Privatisierung: BOCHUM. Der Chefredakteur der Bochumer Ruhr Nachrichten schreibt unter dem Titel „Nicht um jeden Preis“ über eine Auftragsvergabe im Dualen System Deutschland (DSD): „Den DSD-Auftrag (Leichtverpackungen und Glas) hat sich wieder die private Konkurrenz gesichert, der USB (Umwelt Service Bochum GmbH) konnte und wollte nach eigener Aussage am Ende nicht mithalten. „Weil wir den Auftrag nicht auf Kosten der Mitarbeiter haben wollten“, fährt USB-Geschäftsführer Werner Meys schwere Geschütze auf. Danach hatte der USB mit besonders spitzer Feder gerechnet. Zum Einsatz wären bereits abgeschriebene Fahrzeuge gekommen und die Mitarbeiter hätten mit knapp elf Euro deutlich unter Tariflohn (13,63 Euro) verdient. Zu teuer, rechnet nach Einschätzung von Meys die private Konkurrenz anders. Dort erhalte der Mitarbeiter einen Bruttolohn von 7 Euro in der Stunde. Weil ein verheirateter Familienvater mit einem Kind am Monatsende damit weniger als das Existenzminimum habe, bekommt er Zuschüsse von der Stadt. Die würden auf die Bürger umgelegt.“ www.westline.de

Kreis im Privatisierungs-Wahn: NORDERSTEDT. Dem Kreis Segeberg droht ein weiterer Akt im allgemeinen Privatisierungs-Wettkampf. Nach Berichten von Norderstedter- und Segeberger Zeitung plant die Kreisverwaltung die Ausgliederung eines Großteils ihrer Immobilien. Zu diesem Zweck sollen in Kürze halböffentliche Eigenbetriebe für die Immobilienverwaltung und das Gebäudemanagement gegründet werden. Geplant ist zunächst, einen Großteil der kreiseigenen Gebäude an die neuen Eigenbetriebe abzugeben – um „Transparenz“ in die Unterhaltskosten zu bekommen. Warum das nicht in der jetzigen Organisationsform möglich sein soll – keine Angaben. Dabei gibt selbst die CDU zu, dass kurzfristig keine Einsparungen zu erwarten sind. Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, dass zunächst einmal ein Geschäftsführer eingestellt werden müsse, Jahresgehalt: 120.000 Euro.

www.infoarchiv-norderstedt.org

Gegen schwarz-grüne Schulpolitik: GÖTTINGEN. Die Linke hatte den Antrag der SPD zur Standortsicherung von gefährdeten Schulen des SEK I-Bereiches im Landkreis unterstützt. Danach sollte der Kreistag sich gegen eine Zusammenführung von Hauptschulen mit Schülerschwund aussprechen und stattdessen den Erhalt der gemeinsamen Haupt- und Realschulen empfehlen. Wenn deren Standorte oder



<http://antinazi.wordpress.com/anti-nazi-koordination-frankfurt-am-main/>

auch Hauptschulstandorte gefährdet seien, sollte alternativ die Kooperation mit Gesamtschulen erfolgen. Der Argumentation der CDU, die die Hauptschulen verteidigte, als handele es sich um „Orte des höchsten pädagogischen Anspruchs“ kann die Fraktion der Linken absolut nicht nachvollziehen. Die CDU ignoriert dabei einfach die realen Zustände an den meisten Hauptschulen, auch wenn ihr bevorzugtes Agitationsterrain, das Eichsfeld, hier eine Ausnahme bilden mag. Kaum jemand, der von der Hauptschule kommt, erhält heute noch einen Ausbildungsort, was nicht daran liegt, dass ein diffuses Stigma auf der Institution an sich lastet, sondern an den sozialen und pädagogischen Voraussetzungen einer Schule, die sich zunehmend zur „Restschule“ entwickelt. Das Stigma besteht ganz im Gegenteil für die/den Einzelne/n darin, dass jemand der einmal auf der Hauptschule landet, aufgrund der dort vorherrschenden Atmosphäre kaum die reelle Chance hat, später noch in einen anderen Schultyp zu wechseln.

www.linksparcie-goettingen.de

Erhöhung des Sozialhilferegelsatzes: STUTTGART. Die Vertreterin der Linken im Stadtrat, Ulrike Küstler, hat beantragt: 1. Die Stadt Stuttgart zahlt als freiwillige Leistung den Berechtigten nach SGB XII einen erhöhten Sozialhilfesatz. Das ist möglich auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens, mit dessen Hilfe die Angemessenseit des im SGB XII maßgeblichen Regelsatzes für die Situation in Stuttgart beurteilt wird. 2. Die Stadtverwaltung lässt ein derartiges Gutachten erstellen. 3. Die Stadtverwaltung wirkt im Deutschen Städteitag darauf hin, dass dieser energische Schritte unternimmt, um die Bundesregierung zu einer zügigen Erhöhung des Regelsatzes im SGB II und im SGB XII zu bewegen. *Aus der Begründung:* Der Sozialhilferegelsatz von 345 Euro pro Monat für einen Haushaltvorstand, von 311 Euro für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt, von 276 Euro für einen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen und von 207 Euro für ein Kind unter 14 Jahre ist augenscheinlich und nach der Berechnung von Experten völlig unzureichend. Wie auch die Sozial- und Jugendbürgermeisterin in einer Ausschusssitzung beklagte, sind diese Regelsätze seit elf Jahren nicht mehr den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung angepasst worden. Nach Auskunft der Sozialverbände sind in den Regelsätze u.a. folgende Beträge vorgesehen: Ausgaben für Bildung 0,00 Euro, sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern (2003 waren es noch 5,98 Euro monatlich für Erwachsene). Erhalten der Qualifikation oder Weiter-

bildung ist ausgeschlossen. Damit ist auch weder Nachhilfeunterricht noch das Erlernen eines Instrumentes möglich. (...) Für Kinder unter 14 sind monatlich 40 Cent für das Ansparen eines Fahrrades veranschlagt, für einen Erwachsenen 67 Cent, für einen Jugendlichen 54 Cent. Für den Nahverkehr haben Kinder monatlich 6,62 Euro, Jugendliche 8,83 Euro und Erwachsene 11,04 Euro. Wenn sie aufs Fahrrad verzichten, kommen die Cent-Beträge dazu. Ein Kind könnte so theoretisch in einem Jahr 5 Euro sparen und nach 30 Jahren ein sehr billiges Fahrrad kaufen. Öffentlicher Nahverkehr lässt sich auch mit der Stuttgarter Bonuscard damit nicht bezahlen! (...)

www.domino1.stuttgart.de/grat/pds.nsf/

Konzerne füttern: ESSEN. Die Stadtverwaltung hatte den Vorschlag vorgelegt, die FernwärmeverSORGUNG in eigene Regie zu übernehmen, die Stadt könne dadurch jährlich etwa fünf statt wie bisher nur eine Million Euro einnehmen. Der Vorschlag wurde abgebügelt – CDU und SPD stimmten für die am 30. Juni fällige Verlängerung des Vertrages mit der STEAG, einer 100prozentigen Tochter der Ruhrkohle AG. Damit verschenkt die Stadt Essen in den nächsten zehn Jahren mindestens 45 Millionen Euro an die STEAG. Tatsächlich dürfte diese Summe sogar weit größer sein, wie die Fraktion „Die Linke/DKP/AUF“ herausfand. Nachdem sie auf ein externes Gutachten gestoßen war, wonach die Stadt in diesem Zeitraum sogar zwischen 86 und 157 Millionen Euro einnehmen könne, beantragte sie eine Sondersitzung des Rates. Trotz aller Gegenargumente versteiften sich CDU und SPD darauf, es gebe keine neuen Erkenntnisse – die Vertragsverlängerung wurde erneut durchgewinkt. Die Vertreter der anstehenden Bürgerentscheide „Essen ist unser“ und „Masterplan Sport stoppen“, Claudia Jetter und Rolf Grotjohann, gehen jetzt in die Offensive. Sie weisen öffentlich darauf hin, daß auf der einen Seite Bibliotheken, Bäder und Sportstätten geschlossen und auf der anderen Seite Großkonzernen Millionen Euros zugesteckt werden. Die Fraktion „Die Linke/DKP/AUF“ will eine rechtliche Intervention gegen den Beschuß der Stadtratsmehrheit prüfen. *Junge Welt*, 2.7.07

Kommunal-Kombilohn belastet Kommunen: BERLIN/KÖLN. Nach Auffassung des Deutschen Städteages kann vom Bund vorgeschlagene Programm für einen Kommunal-Kombilohn, das zusätzliche öffentliche und gemeinnützige Beschäftigung vorsieht, durchaus eine Hilfe für Langzeitarbeitslose darstellen. Eine langfristige Perspektive durch reguläre Arbeitsplätze entstehe

dadurch jedoch nicht. Außerdem hält der kommunale Spitzenverband die vorgesehene Finanzierung des Programms für problematisch, weil sie für den Bund aufkommensneutral ist, während Kommunen und Länder den Löwenanteil der Kosten tragen sollen. Präsident Ude wies darauf hin, dass bereits jetzt mehr als 300.000 Langzeitarbeitslose in so genannten Zusatzjobs gefördert werden, die ebenfalls zusätzlich zur regulären Beschäftigung geschaffen werden und im öffentlichen Interesse liegen müssen. Es sei unrealistisch, dass die Kommunen in diesen strukturschwachen Regionen innerhalb kurzer Zeit weitere 100.000 langzeitarbeitslose Menschen beschäftigen können, ohne dass dies Auswirkungen auf den regulären Arbeitsmarkt hätte. www.staedtetag.de

DStGB: Bürger wollen kommunale Daseinsvorsorge! BERLIN. Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bergkamens Bürgermeister Roland Schäfer, trat auf einem Kongress des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Berlin pauschalen Behauptungen entgegen, dass Kommunen den Wettbewerb verhinderten und private Unternehmen Leistungen der Daseinsvorsorge in der Regel besser erbringen könnten als die öffentliche Hand. Schäfer hob hervor, dass die Kommunen durch ihre wirtschaftliche Betätigung den Wettbewerb bereichern. So seien es in den liberalisierten Bereichen wie der Strom- und Gasversorgung gerade die Stadtwerke, die dafür sorgten, dass der Markt nicht in den Händen einiger weniger Großunternehmen sei. Schäfer kritisierte in diesem Zusammenhang die Pläne der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Verschärfung des Gemeindewirtschaftsrechts, mit denen einseitig den kommunalen Unternehmen Fesseln angelegt werden sollten. Das Grundgesetz sei wirtschaftspolitisch neutral, deshalb gebe es keinen Vorrang einer privaten Aufgabenerledigung im Bereich der Daseinsvorsorge. Die Gemeinschaft sei auf die dauerhafte und flächendeckende Erbringung bestimmter Leistungen der Daseinsvorsorge wie der Haushüllentsorgung oder der Abwasserbeseitigung besonders angewiesen. Die Kommunen könnten sich diesen hoheitlichen Aufgaben nicht einfach entledigen, wenn sich das Ganze wirtschaftlich nicht mehr lohne. Deshalb habe der Gesetzgeber sich dafür entschieden, dass diese Leistungen nicht der Besteuerung unterliegen. Wer hier eine Besteuerung fordere, verlange damit eine deutliche Erhöhung der Gebühren für die kommunale Abfall- und Abwasserbeseitigung. www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

Massenstreik heute?

Ungefähr 100 Vertreter gewerkschaftlicher und betrieblicher Initiativen, Betriebsräte und Vertrauensleute aus den verschiedenen Branchen und Ländern berieten am 30. Juni/1. Juli Erfahrungen aus betrieblichen Kämpfen. Die Veranstaltung bezog sich auf den Sozialistenkongress in Stuttgart, der vor 100 Jahren stattfand. Besondere Berücksichtigung fand daher auch Rosa Luxemburg, die an diesem Kongress teilgenommen hatte und ihre Schrift *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, aus der auch für die heutige Arbeiterbewegung für Schlüsse gezogen werden können.

Ähnlich wie vor 100 Jahren muss die Arbeiterbewegung heute mit den verschiedensten Formen des Reformismus und der staatlichen Repression fertig werden. Daher standen unter anderem die Auseinandersetzungen zur Verteidigung demokratischer Rechte in Zusammenhang mit sozialen Kämpfen im Zentrum der Diskussionen.

Auf besonderes Interesse bei den Teilnehmern stießen die Ereignisse bei Daimler-Chrysler in Berlin-Marienfelde, wo die dortige Belegschaft gegen die Folgen des Entgeltrahmenabkommens (ERA) kämpft. Die Kolleginnen stehen jeden Mittwoch ab 14 Uhr vor dem Tor und protestieren gegen Abqualifizierung und Lohnraub, der ihrer Ansicht nach auf ERA zurückzuführen ist und inzwischen im Falle des Betriebsrates Mustafa Efes auch zu Repressionen geführt hat.

Die Konferenz solidarisierte sich mit den Kollegen und ebenso auch mit einer Reihe weiterer Kämpfe wie dem für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, über dessen Fall Vertreter des Komitees für soziale Verteidigung berichteten.

Eine Kollegin von Globalization Monitor aus Hongkong berichtete vom Fall der Belegschaft einer chinesischen Batteriefabrik, in denen 400 Kolleginnen durch die Arbeit mit Cadmium erkrankt sind. Inzwischen sind vier von ihnen gestorben, erkrankte Kolleginnen wurden durch die Polizei aus dem Krankenhaus geholt. Die Kollegin rief dazu auf, eine

Postkartenaktion zur Solidarisierung zu nutzen. Der Kongress beschloss eine Resolution, um den Fall bekannt zu machen und einen Boykott der auch in Deutschland verbreiteten Batterien zu organisieren.



Rosa Luxemburg auf dem Stuttgarter Sozialistenkongress. www.rosalux.de

Unter dem Stichwort „Wirtschaftsdemokratie fordert die Partei Die Linke in ihren Gründungsdokument das Recht auf den politischen Streik einschließlich des Generalstreiks.

Wirtschaftsdemokratie: Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an. Durch paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und Verbraucher soll die Macht des Kapitals demokratischen Interessen untergeordnet werden. In Ergänzung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung müssen die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten gesichert und ausgebaut werden. Das Recht auf den politischen Streik, einschließlich des Generalstreiks, muss ausgeübt werden können.

http://die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programmatische_eckpunkte.pdf

Der Kongress verabschiedete eine Abschlusserklärung, die unter anderem eine Kritik an ERA entwickelt und auch offensive Forderungen wie 10 Euro Mindestlohn, 500 Euro Mindesthöhe beim ALGII sowie den Kampf um eine weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich als offensive Maßnahme zur Schaffung von Arbeitsplätzen beschloss.

Analysiert wurde besonders der wochenlange Arbeitskampf im öffentlichen Dienst im vergangenen Jahr, im Kontrast zum eben beendeten Telekom-Konflikt. Günther Klein, Personalrat an der Stuttgarter Uni, berichtete wie sich während des Ausstands der Landes- und Kommunalbeschäftigte in seiner Stadt eine demokratische Streik- und Diskussionskultur entwickelt habe. Mit täglichen Versammlungen im Gewerkschaftshaus und in den Betrieben sowie mit öffentlichen Aktionen haben die Streikenden von sich aus in den Arbeitskampf eingegriffen und ihm ein eigenes Gesicht gegeben.

Eben diese Eigenständigkeit sei beim Telekom-Konflikt vermisst worden, betonten Teilnehmer. Allerdings habe die organisierte es von sich aus nicht geschafft, diesen Zustand zu ändern.

„Bisher machen wir nur eine Nachtrabpolitik, wir analysieren die Kämpfe im nachhinein, statt sie vorzubereiten und in sie einzugreifen“, so die vernichtende Schlussfolgerung eines Vertreters des Jour fixe Berlin.

In den nächsten Tagen werden die verabschiedeten Resolutionen und die Abschlusserklärung im LabourNet veröffentlicht.

Thomas Trueten
www.stattweb.de

Die Entwicklung leistungsfähiger Suchmaschinen hat dazu geführt, dass es immer häufiger zu Streitigkeiten um Internetpublikation kommt, die sich auf natürliche oder juristische Personen kritisch beziehen. Rechtsstreit über solche Fragen ist langwierig, teuer und ungewissen Ausgangs. Es besteht die Gefahr, dass die betriebliche Lebenswelt wieder vollständig aus der Öffentlichkeit ausgeblendet wird.

**jour Fixe der Gewerkschaftslinken
Hamburg**

Die Firma IXION will gegen „Labournet Deutschland“ klagen

Unter dem Titel „IXION: Erpressung bei Lohn und Arbeitsbedingungen mit Hindernissen“ ist im Juni letzten Jahres der Bericht eines Beschäftigten der Wandsbeker Maschinenbaufirma IXION veröffentlicht worden. Er drehte sich um den damaligen Versuch der Geschäftsleitung, Arbeitsbedingungen und Löhne der Beschäftigten massiv zu verschlechtern. Wo schon alle anderen Firmen die Arbeitszeit verlängerten und den Lohn kürzten, wollte auch diese Firma nicht abseits stehen. Die prekäre Lage des Betriebes musste herhalten. Unter dem Druck der vermeintlichen Alternativen Betriebsschließung oder schlechtere Arbeitsbedingungen hat ein großer Teil der Beschäftigten neue Arbeitsverträge unterschrieben. Neben denen, die gleich unterschrieben haben, gab es allerdings auch einige, die sich geweigert haben. Über diese „Erpressung“ der Geschäftsleitung und den Widerstand dagegen drehte sich der detaillierte Artikel des anonymen Beschäftigten im Labournet. Nachdem IXION ein halbes Jahr später mitbekommen hatte, dass sich dieser Beitrag im Internet befindet, verlangte sie von Labournet zunächst die Offenlegung der Identität des besagten Beschäftigten. Als sich Labournet weigerte, die Daten herauszugeben, verlangte sie die Löschung des Beitrages im Internet, weil z.B. die Bezeichnung „Kapitalist“ eine Beleidigung sei; mit dem Wort „Erpressung“ werde der Firma IXION rechtswidriges Verhalten unterstellt oder mindestens eine „Schmähkritik“ vorgenommen. Bewertende Formulierungen, wie z.B., dass der durch die verlängerte Arbeitszeit abgesenkte Stundenlohn „nur noch mit Facharbeiterlöhnen in Leiharbeitsfirmen“ zu vergleichen sei, sollen generell unterbunden werden, da solche Äußerungen dazu dienen würden, „die Geschädigten bei bestehenden und potentiellen neuen Geschäftspartnern und Angestellten abzuwerten und verächtlich zu machen bzw. in der öffentlichen Meinung her-

abzuwürdigen.“ Erfahrungsaustausch und Diskussion ist lebenswichtig, wenn wir der zerstörerischen Konkurrenz untereinander auf dem Arbeitsmarkt etwas entgegensetzen wollen. Das Internet ist ein Kommunikationsmittel unter vielen anderen. Die viel beschworene „Freiheit des Internets“ wird natürlich dort versucht einzuschränken, wo sie die Interessen der Herrschenden und Besitzenden bedroht. In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Abmahnverfahren und Strafanhörunghen gegen Betreiber von Internetplattformen und -foren, wo sich Beschäftigte über ihre Arbeitsbedingungen ausgetauscht haben. Mal wurde das Markenrecht bemüht, mal eine Beleidigung konstruiert oder pauschal der Wahrheitsgehalt der Kritik bestritten.

So auch in diesem Fall.

Wir protestieren gegen diesen Versuch, nicht die heutigen Zustände zu verbieten, sondern Öffentlichkeit und Diskussion! Wir hoffen, dass die Belegschaft von IXION sich nicht einschüchtern lässt! Das Spiel, das mit euch gespielt wird, wird überall gespielt!

Protestbriefe an:
IXION GmbH & Co. KG Jenfelder Straße 30 D-22045 Hamburg

Stellungnahme des Labournet

Deutschland zum „Fall IXION“:

Am 11. Juni erhielt die verantwortliche Redakteurin ein 12seitiges Fax eines Anwalts, der behauptet von Ixion pp beauftragt zu sein, mit einem „Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch wegen beleidigender und verleumderischer anonyme Äußerungen“ Nachdem wir im Ermittlungsverfahren der Polizei Hamburg gegen Unbekannt im Februar 2007 von unserem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machten und uns weigerten, den Urheber des bei uns anonym veröffentlichten Textes zu nennen, fordert nun das Unternehmen direkt von uns, den Text zu entfernen und auch künftig „die Veröffentlichung anonyme Berichte über unsere Mand-

antinnen“ zu unterlassen. Bis zur Klärung des Sachverhalts waren wir gezwungen, inkriminierte Behauptungen zu entfernen, für die uns bislang keine Beweise vorliegen. Die Entfernung der Passagen erfolgt nur vorläufig, unter Vorbehalt und ohne Anerkennung der Rechtspflicht.

Wir brauchen hierfür Eure Hilfe und bitten Beschäftigte von Ixion, Kontakt zu uns [per Mail: redaktion@labournet.de] aufzunehmen!

Wir brauchen dringend belegbare Informationen zu einigen Fragen der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen im Jahre 2006 und wenn möglich auch die heutige Situation! Parallel bemühen wir uns, den Betriebsrat zu erreichen und sind auch da für jede Hilfe dankbar!

In zwei Punkten jedoch lassen wir uns nicht beirren, egal um welches Unternehmen es sich handelt:

Der im Titel beanstandete Begriff der „Erpressung“ ist eindeutig nicht im Sinne rechtswidriger Vermögensvorteile nach § 253 Abs. 1 StGB benutzt, sondern im landläufigen Sinne der leider alltäglichen Nutzung der bestehenden ökonomischen Macht angesichts der Lohnabhängigkeit. Nicht nur Belegschaften mit sog. Standortsicherungsverträgen wissen sofort, was mit „Erpressung“ gemeint ist.

Zudem fühlt man sich durch die Bezeichnung „Kapitalisten“ beleidigt. Es freut uns, wenn der Ausdruck „Kapitalisten“ „im allgemeinen Sprachgebrauch ein eindeutig negatives Werturteil“ beinhaltet, denn es ist ein Zeichen, dass unsere – und nicht nur unsere – Kritik fruchtet. Dass diese Tatsachenbeschreibung gegenüber einem Besitzer von Produktionsmitteln „eine strafbare Beleidigung im Sinne des § 185 StGB“ darstellen soll, möchten wir unbedingt gerichtlich festgestellt sehen, es könnte der Anfang vom Ende des Kapitalismus sein“.

Dieser u. weitere Beiträge zu IXION: www.labournet.de/branchen/sonstige/masch/ixion.html
 Aus: Lokalberichte Hamburg, 14/07

Was mag die Gründer der Firma zur freien Wahl des Namens IXION bewogen haben? Es könnte sich um eine mythologisch verschlüsseltes Bekenntnis zu robusten Geschäftsmethoden handeln. Warum jemand, der einen solchen Namenspaten wählt, empfindlich auf Charakterisierungen wie „Erpressung“ reagiert, bleibt dunkel.

IXION, ein König der Lapithen, ein Sohn des Phlegyas oder des Ares, ist jene Figur der griechischen Mythologie, die erstmals einen Mord an einem Verwandten beging. Für die Vermählung mit Dia hatte er deren Vater Eioneus reiche Brautgaben versprochen und diesen zu sich nach Hause eingeladen, um sie ihm dort zu übergeben. Stattdessen ließ er eine Grube mit glühenden Kohlen auslegen, in die Eioneus nun stürzte. Zunächst erklärte sich niemand bereit, Ixion für seine Tat zu entsühnen – bis sich Zeus seiner erbarmte, ihn in den Olymp erhob und unsterblich machte, vermutlich weil er sich selbst in Dia verliebt hatte. Ixion bedrängte im Olymp Hera in seinem Weinrausch. Zeus formte nun eine Wolke nach deren Ebenbild, die Nephete genannt wurde, und als Ixion mit dieser verkehrte,

wurde der Kentauros geboren, ein Bastard, der später mit den Stuten des Berges Pelion die Kentauren zeugte. Zur Strafe für die missbrauchte Gastfreundschaft des Zeus wurde Ixion dazu verurteilt, an ein Feuerrad gebunden und an den Himmel versetzt in ewiger Umdrehung zu wiederholen: „Du sollst dem Wohltäter mit Dank vergelten.“ Später wurde er in den Tartaros versetzt, wobei eine andere Version der Geschichte ein Rad mit lebenden Schlangen statt des Feuers erwähnt. Neben dem Feuer steht Ixion auch in besonderer Beziehung zum Regen: Der Name leitet sich von ischys (Stärke) und io (Mond) ab und erinnert an die Mistel (ixias), die er anstelle der äußeren Geschlechtsorgane im Eichenkult als Donnergott zeigt. In ritueller Ehe heiratet er die Mondgöttin Dia, die den Regen bringt. http://de.wikipedia.org/wiki/Ixion_%28Mythologie%29

Deutsche Betriebsniederlassungen in der Türkei haben zugemommen. FAZ, Mo. 25. 6.07. Aus Deutschland habe ein „wahrhafter Runkleiner und mittelständischer Unternehmen“ in die Türkei eingesetzt, so M. Landau, Geschäftsführer der deutsch-türkischen Industrie- und Handelskammer (AHK) zu Istanbul. Die Hälfte der mehr als 2600 deutschen Unternehmen, die in der Türkei eine Niederlassung gegründet haben, sei in den letzten drei Jahren gekommen. Bei einer Umfrage gaben 85% der Investoren an, die bereits länger im Land sind, sie würden wieder in der Türkei investieren. 56% verfolgten konkrete Pläne zu weiteren Investitionen.

Arbeitgeber lehnen geplantes Pflegezeitmodell ab. FAZ, Mi. 27.6.07. Eine unbezahlte Freistellung von der Arbeit sollen Beschäftigten bis zu einem halben Jahr lang die Pflege von Angehörigen ermöglichen. Einer solchen gesetzlichen Regelung bedürfe es nicht, es gebe in der Praxis schon viele freiwillige Lösungen für solche Fälle. Auch könnten Arbeitszeitkonten eingesetzt werden. Zudem hätten Arbeitnehmer seit 2001 einen generellen Anspruch auf die Verringerung der Arbeitszeit, so D. Hundt, Präsident der BDA. Gerade für Kleinbetriebe sei ein solcher neuer Anspruch belastend. Auch müsse es möglich sein, eine Freistellung aus betrieblichen Gründen abzulehnen.

Klares Bekenntnis zum „unverfälschten Wettbewerb“ der EU. FAZ, Mo. 25.6.07. In einer Protokollerklärung zum neuen „EU-Reformvertrag“ haben die Mitgliedsstaaten auf Kritik an dem Wegfall des Bekenntnisses zu freiem und unverfälschtem Wettbewerb reagiert und eine entsprechende Formulierung protokollarisch angefügt. Der Arbeitgeberverband Business Europe hatte sich besorgt gezeigt, dass die Bedeutung des Wettbewerbs geschwächt werden könne.

BDI gegen Erschwerung ausländischer Wirtschafts-Beteiligungen. FAZ, Fr. 29.6.07. Die öffentlichen Überlegungen des hessischen Ministerpräsidenten R. Koch, staatlichen ausländischen Investoren den Zugang zu deutschen Schlüsselindustrien zu erschweren, sind beim BDI auf Widerstand gestoßen. Für ein international wirtschaftlich so verflochtes Land wie Deutschland müsse die Maxime gelten: „Wir wollen Investitionsfreiheit weltweit, auch bei uns“. So K. Bräunig, Sprecher der Hauptgeschäftsführung des BDI. Der Präsident des Groß- und Außenhandelsverbandes, A. Börner, stellte fest, dass merkantilistische Reflexe bei vielen immer noch tief verankert seien. „Deutschland braucht nicht weniger, sondern mehr ausländische Investitionen“. **Presseauswertung: rst**

Die jüngste psephos-Meinungsumfrage über die Aussichten der Parteien bei der **Hamburger Bürgerschaftswahl** ergab für die LINKE einen Anstieg von 3 auf 5%. (Auf die CDU entfielen demnach 45%, auf die SPD 30%, die GAL 14%, die FDP bliebe mit 3% unter der 5%-Hürde.)

Nach ihrem Gründungsseminar am 7./8. Juli hat der Hamburger Landesverband nun noch bis Ende Februar 2008 Zeit, die steigenden Erwartungen durch landespolitische Kompetenz zu rechtfertigen. Die Delegierten des Landesparteitages beschlossen nach mehrstündiger Diskussion mit großer Mehrheit ein Sofortprogramm, das kurz und knapp in vier Schwerpunkten - Gegen Armut und soziale Spaltung; Gebührenfreie Bildung für alle; Schluss mit der Privatisierungspolitik; Mehr Demokratie wagen - Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse großer Bevölkerungsteile entwickelt, die die Linke anpacken will.

Nach z.T. recht kontroverser Diskussion wurde eine Landessatzung verabschiedet, schließlich ein neuer Landesvorstand gewählt. Als Landessprecher/innen in den Geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt: Zaman Masiudi und Berno Schuckart (vormals WASG), Christiane Schneider und Herbert Schulz (vormals Linkspartei.PDS). Die Landesliste für die Bürgerschaftswahl soll im September aufgestellt werden, bis dahin sollen bereits Direktkandidat/inn/en in den Wahlkreisen gewählt worden sein. Der neue Landesvorstand wird erhebliche Anstrengungen darauf richten, die inzwischen über 1000 Mitglieder, darunter über 100 Neumitglieder, und nicht zuletzt die zahlreichen aufzustellenden Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschafts- und die Bezirksversammlungswahlen bei der Selbstqualifizierung und bei der Organisierung eines lebendigen Wahlkampfes „vor Ort“ zu unterstützen.

Christiane Schneider

Mehr als 3000 Menschen sind in DIE LINKE seit der Parteigründung eingetreten. Auf der neu gestalteten Internetseite www.die-linke.de ist zu lesen:

„Nicht einzeln, sondern gemeinsam sind **60 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter** in die Partei DIE LINKE eingetreten. Gleichzeitig wenden sie sich mit einem Aufruf vor allem an die Kolleginnen und Kollegen, die mit Wut im Bauch noch abseits stehen. Die Botschaft: Lasst uns gemeinsam DIE LINKE mitgründen, eine starke und gewerkschaftlich orientierte Partei der LINKEN in ganz Deutschland. Werdet Mitglied und macht mit! ...

Die Hälfte der Unterzeichner sind ehrenamtliche Funktionäre, darunter viele Betriebsratsvorsitzende, die andere Hälfte sind hauptamtliche Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen. Darunter sind zahlreiche Gewerkschaftssekretäre und Gewerkschaftssekretärinnen, die die Nöte der Menschen vor Ort sehr gut kennen. Auch Führungskräfte wie Bezirksgeschäftsführer und Landesfachbereichsleiter tragen den Aufruf. Wir begrüßen in der LINKEN auch Hinrich Feddersen, der noch bis vor einem Jahr Mitglied im Bundesvorstand von verdi war.

Dies ist für viele die Antwort auf die herablassende Art der anderen Parteien gegenüber der LINKEN, insbesondere der SPD. Sie wollen so ein Zeichen setzen und ihre Kolleginnen und Kollegen ermutigen, es ihnen gleich zu tun.“

Über weitere Übertritte aus der SPD ist folgendes zu erfahren: **Der bisherige Geschäftsführer der sächsischen SPD-Landtagsfraktion, Leo Stefan Schmitt**, wird am Donnerstag in die Partei DIE LINKE eintreten. Der gelernte Polizist war von 1985 bis 1999 Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Saarländischen Landtag.

Leo Stefan Schmitt hatte am 8. Juli nach 35 Jahren Mitgliedschaft schriftlich seinen Austritt aus der SPD erklärt. Er begründete seinen Schritt mit seiner Enttäuschung über die Politik der SPD und seiner Hoffnung, die sich mit der Gründung der Partei DIE LINKE verknüpft.

Die Junge Welt befragte den gelernten Polizisten nach seiner heutige Meinung zur SED-Geschichte und zur PDS:

Sehen Sie Die Linke jetzt als die wirkliche Sozialdemokratie an?

Ja. Allerdings sehe ich es auch als historischen Fehler an, daß die PDS sich überhaupt gründen mußte, und die ehemaligen SED-Mitglieder im Osten nicht zur SPD gehen konnten.

Glauben Sie denn, die ehemaligen SED-Mitglieder hätten mehrheitlich eine politische Heimat in der SPD finden können?

Das weiß man nicht, aber ich sehe den Umgang anderer Parteien mit ehemaligen SED-Mitgliedern kritisch und denke, daß SED-Mitglieder, die guten Willens waren, eine sozialdemokratische Partei im Osten mit aufgebaut hätten. Sie wurden aber vor den Kopf gestoßen; mittlerweile hat sich die Linkspartei auch bei jungen Leuten etabliert. Diese Möglichkeit hätten wir auch gehabt. Aber das hat man nicht gewollt.

Aus welchen Gründen?

Das waren Ängste von Leuten, die damals glaubten, in die SPD eintreten zu müssen – und natürlich auch ein Abschotten gegen andere zur Verteidigung von Mandaten.

Die SED stand aber doch für ein anderes System. Warum hätten ihre Mitglieder bruchlos zur Sozialdemokratie wechseln sollen, wenn man sie nur freundlicher behandelt hätte?

Die entscheidende Frage ist doch, wie die PDS sich weiterentwickelt hat. Wenn Sie die Parteiprogramme nebeneinanderlegen, dann merkt doch kein Mensch, ob das von der SPD oder von der PDS stammt. Das sind fast übereinstimmende Positionen. In den einzelnen Papieren zu Themen wie Arbeitsmarkt- oder Sozial-, Schulpolitik, gab es doch kaum Unterschiede.

Sie meinen, die Entwicklung der PDS in Richtung Sozialdemokratie war sowieso gegeben und die SPD konnte nicht damit umgehen?

So kann man es formulieren.

Welche Aufgaben wollen Sie nun in der Partei Die Linke übernehmen?

Ich werde bei der Bundestagsfraktion etwas Organisatorisches machen. Wir werden das noch genauer besprechen – aber jetzt mache ich erst mal drei Wochen Urlaub.

Ulrich Maurer, Parteibildungsbeauftragter West im Parteivorstand, ist ganz begeistert über diese Entwicklung: „Dass Menschen die SPD verlassen ist nicht Ergebnis von Abwerrungsversuchen, sondern hängt mit der Politik der SPD zusammen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist, nach so vielen Jahren eine Partei zu verlassen. Ich kenne Leo seit langem und freue mich über diesen Schritt, weil seine Person Kompetenz mit politischer Aufrichtigkeit verbindet.“

DIE LINKE wird in den Sommermonaten **Unterschriften für den sofortigen Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan sammeln** und ruft alle Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an der Demonstration der Friedensbewegung am 15. September in Berlin zu beteiligen. „Es ist absurd, wenn Peter Struck und Frank Walter Steinmeier jetzt noch mehr Soldaten nach Afghanistan schicken wollen. Wir wollen, dass die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen wird, andere Länder haben ihre Truppen auch schon zurückgezogen“, sagte der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch.

Zusammenstellung: jöd

„Es fehlt der deutschen Demokratie ein militärischer Totenkult.“ (FAZ) – Das fehlt uns gerade noch!

Im Folgenden wird berichtet von den Bestrebungen des Bundesverteidigungsministers, den Gefallenen der neuen deutschen Kriegsbeteiligungen ein Ehrenmal zu setzen. Die Begründung lässt aufhorchen und sie wird Eingang finden in die Gestaltung der Totengedenktage im Herbst, besonders des Volks- trauertags im November.



Um dessen Gestaltung in Mannheim wird nun seit genau 20 Jahren gerungen. Friedensbewegung und AntifaschistInnen haben sich eingemischt und wenigstens erreicht, dass die Stadt Mannheim das Feld nicht mehr einfach dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) für seine unbekümmerten bzw. gezielten Heldengedenkveranstaltungen überlässt. Aber zufriedenstellend ist die Sache damit noch lange nicht: Vormittags eine pazifistisch und antifaschistisch orientierte Feierstunde in der Trauerhalle des Hauptfriedhofs, ausgerichtet vom „Arbeitskreis Volkstrauertag“, mit städtischen Kränzen und distanziert Schirmherrschaft durch den nun scheidenden OB. Nachmittags die Feierstunde des VDK ebenfalls auf dem Hauptfriedhof, ebenfalls mit städtischen Kränzen und Vertretern des Gemeinderats.

Der neu gewählte OB Dr. Peter Kurz (SPD) sollte sich überlegen, wie er mit dem Problem umgeht. Er wird sich dem neuerlichen militaristischen Anspruch stellen müssen, mit dem die Auslands- einsätze der Bundeswehr einhergehen. Und er wird sich der Kritik daran stellen müssen.

Deswegen hier ein paar Hintergründe zu den Umrissen in Berlin für ein Soldatenehrenmal, ausgehend von der unseligen Tradition des Volkstrauertags des VDK, die nun offensichtlich der neuen deutschen Kriegsbeteiligungspolitik nicht mehr genügt und nochmals getoppt werden soll.

Volkstrauertag: Militärischer Totenkult zur Mobilisierung

Die Geschichte des Volkstrauertages ist geprägt von dem Anliegen der Gründer, aus der Trauer über gestorbene Menschen – sofern es sich um deutsche Soldaten handelt – Kraft zu schöpfen für die verbliebenen und künftigen Soldaten, Kraft für die „moralische Aufrüstung“ der Nation, für Revanchismus und schließlich wieder kriegerische Expansion.

Das war so 1919 und in den Folgejahren, als der VDK den Volkstrauertag erfand und etablierte.

1926 beispielsweise macht VDK-Präsident Siems deutlich, worum es geht:

„Wir wollen etwas Anderes, Größeres, Heiligeres, Geistigeres; wir wollen den Volkstrauertag als Symbol deutscher Pietät, als Symbol der Einigkeit deutschen Gefühlslebens, als Symbol zu er- strebender Einigkeit in all unserer Zer- rissenheit. (...)

Und das andere soll der Volkstrauer- tag: Symbol sein und werden für ihren Geist, in dem sie auszogen in unend- licher Begeisterung, in dem sie kämpf- ten wie die Löwen, litten wie die Märtyrer, starben wie die Helden für das eine große Ziel „Deutschland, Deutsch- land über alles, über alles in der Welt!“ (Siems: Volkstrauertag 1926, in: Kriegs- gräberfürsorge. Mitteilungen und Be- richte vom Volksbund Deutsche Kriegs- gräberfürsorge e.V., Oldenburg, 6. Jg., Nr. 3, S. 35.)

Das war natürlich erst recht so im „Dritten Reich“. 1936 ereifert sich beispielsweise der VDK-Mitbegründer Embo Eulen: „Als ich vor 17 Jahren den Volksbund gründete, schwieben mir die Ziele vor: Die heldische Lebensauffas- sung im deutschen Volke wieder zu er- wecken, die Ehrenstätten unserer Ge- fallenen in aller Welt zu Mahnmalen deutscher Art auszustalten und die Opferbereiten zu einer Gemeinschaft im Volksbund zu sammeln. Diese Ziele waren den art- und volksfremden Machthabern des Jahres 1919 nicht ge- nehm.“ („Kriegsgräberfürsorge“ 12/ 1936)

Und dies war so nach 1945, als der mit dem untergegangenen NS-Regime und seinem Angriffskrieg in Misskredit ge- fallene „Heldengedenktag“ in jahrelan- ger Arbeit modifiziert wieder auf die Beine gebracht wurde.

1954 röhrt in der offiziellen Anspra- che zur Volkstrauertags-Feierstunde in Bonn VDK-Präsident Ahlborn seine Or- ganisation:

„Wieder hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wie nach dem ersten Weltkrieg als eine seiner vor- nehmsten Aufgaben betrachtet, das Gedächtnis aller Kriegstoten in Treue zu pflegen. Das war nicht leicht; viele woll-

ten im Soldatentum und Soldatentod nur Dummheit und Verbrechen sehen. Der Volksbund hat sein ganzes Gewicht, all das Vertrauen (...) darangesetzt, den Volkstrauertag – manchen Widerstän- den zum Trotz – im Volke fest zu ver- wurzeln.“ (zit. nach Winfried Gorn: Re- den zum Volkstrauertag. o.O., o.J.)

Unter dieser Überschrift konnte weiterhin primär der gefallenen deut- schen Soldaten gedacht werden.

Der VDK nahm das in die Hand unter tätiger Mithilfe der Veteranenverbän- den und auch der Bundeswehr nach de- ren Gründung. Aufgenommen ins Ge- denken wurden zunächst die ehemali- gen Feindsoldaten – man vertrug sich ja jetzt im Bündnis.

Sowjetsoldaten waren weiterhin au- ßen vor ebenso wie „Partisanen“ und Deserteure. Es mussten aber auch die Zivilopfer bedacht werden. Und der Op- fer von Holocaust und deutscher Besat- zung sowie der Opfer des Widerstandes nicht zu gedenken – das ging einfach nicht.

Deshalb die modifizierte Formel: „Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“. Alles konnte man unter der zitierten Formel subsumieren.

Militaristische Unzufriedenheit mit dem Volkstrauertag

Seit den 90er Jahren des letzten Jahr- hunderts taucht nun aber ein neues al- tes Problem auf: Deutsche Soldaten sterben schon wieder in aller Herren Länder und schon wieder muss – wie in den vorangegangenen Kriegen – her- ausgearbeitet werden: Der Einsatz der Soldaten war rechtens, sie haben ihr Le- ben einer großen und gerechten Sache, dem Frieden und der Freiheit, dem Kampf gegen Terror und humanitäre Katastrophen geopfert, ihr Tod machte Sinn und die ganze Nation hat sich in diesem Sinn vor den Toten zu verneigen. Wieder soll Trauer instrumentalisiert werden für Einschwörungen auf völ- kerrechtswidrige deutsche Kriegspoli- tik, die verschlimmert, was sie an Pro- blemen zu lösen vorgibt. Das ganze aber unter Motto „Krieg und Gewaltherr- schaft?“



→ Ein Professor fordert einen neuen „militärischen Totenkult“

2006 schrieb der Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Halle, Dr. Manfred Hettling, in der FAZ (4.3.2006):

„Die nationalsozialistische Vergangenheit hatte seit 1945 sowohl militärische Einsätze als auch das öffentliche Gedenken an gefallene Soldaten entwertet. Daher fehlt der deutschen Demokratie ein militärischer Totenkult. Und da die Bundeswehr zwar bis in die neunziger Jahre immer in Bereitschaft, jedoch nie im Einsatz war, bestand hierfür bislang auch keine Notwendigkeit. Bei Soldaten, die mittlerweile bei Auslandseinsätzen ums Leben kommen, behilft der Staat sich bisher mit verschämten Ersatzlösungen.“

Die mittlerweile im geeinten Berlin eingerichtete Toten-Gedenkstätte „Neue Wache“ passt nicht, wie der Professor weiter schreibt:

„Heute ist die Neue Wache als Gedenkstätte für die Opfer von Krieg „besetzt“; an die gefallenen Soldaten wird nur peripher und beiläufig erinnert. Das Gedenkmotiv – „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ – spiegelt das. (...)

Für die Bundesrepublik ist damit ein Dilemma entstanden. Es fehlt die Möglichkeit, kriegerischen Tod staatspolitisch zu symbolisieren. Spätestens wenn explizit Kampfeinsätze beschlossen werden, wird diese Leerstelle zu einem eminenten politischen Problem werden. Denn wer Soldaten zu aktivem kriegerischem Handeln entsendet, kann an die Gefallenen kaum als „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ erinnern. In diesem Dilemma stecken alle Rechtfertigungen militärischer Einsätze der Bundeswehr. Auch die militärischen Verbände können nicht auf eine etablierte staatspolitische Erinnerungsform zurückgreifen, die den gewaltsamen Tod würdigt. Langfristig ist zu bezweifeln, daß eine militärische Institution wie die Bundeswehr darauf verzichten kann. Aus Gründen der inneren Akzeptanz und der Mobilisierung der Soldaten für gefährliche Einsätze ist die Bundeswehr darauf angewiesen, daß dieses Defizit behoben wird.“

Also stellt der Professor „die Frage, wie ein militärisches Gedenken in Deutschland neu begründet werden kann, das nicht in der militaristischen und nationalistischen Tradition früherer Zeiten steht“.

Bezeichnenderweise entdeckt er einen Ansatzpunkt im 18. Jahrhundert (also z.B. der Zeit des „Alten Fritz“ und seines Siebenjährigen Krieges gegen Habsburg): Dort habe man den „bürgerlichen Tod“ „für das Vaterland“ geehrt:

„Es gilt, die Tradition dieses bürgerlichen Totenkultes – wenn man so will:

diese Ultima ratio des bürgerlichen Engagements für das eigene Gemeinwesen – zu entdecken und fruchtbar zu machen. Denn nur dort liegen Elemente einer Würdigung des Sterbens für politische Ziele, die für eine Demokratie adaptierbar sein können. Denn wenn man Truppen entsendet, betreibt man Politik und verlangt von den Soldaten ja zu Recht ein Eintreten für die politisch gewollten und demokratischen Werten verpflichteten Ziele. Insofern verlangt man von den Soldaten auch im Extremfall ein Opfer für diese demokratischen Werte. Und nicht zuletzt ver gibt der, der die Frage negiert, ‚wofür‘ der Soldat in einer demokratischen Ordnung stirbt, auch die Chance, die Demokratie politisch zu legitimieren. Denn im gewaltsamen Tod für die politische Ordnung liegt eine besondere Legitimationsquelle, vielleicht sogar die wichtigste.“

So weit der Professor im März 2006, den Vorstoß des damals neuen Verteidigungsministers Franz Joseph Jung (CSU) unterstützend, ein Denkmal für die im Ausland gefallenen, für „die toten Soldaten“ der Bundeswehr zu errichten.

Streit um das geplante zentrale Soldaten-Ehrenmal in Berlin

Seit über einem Jahr betreibt der Minister die Errichtung eines Ehrenmals für die „toten Soldaten“ der Bundeswehr – bis vor ein paar Jahren waren es im wesentlichen Unfallopfer, 2.600 an der Zahl. Inzwischen strebt die Zahl der im Ausland „gefallenen“ den 100 entgegen (69 genau, Stand Juni). Jung will das Ehrenmal im Innenhof des Bendlerblocks errichten, einer Zweigstelle des Verteidigungsministeriums, vormals Dienstsitz von Einrichtungen der Reichswehr und der Wehrmacht; Stauffenberg hatte hier sein Büro. Seit einigen Jahren ist auch die Gedenkstätte deutscher Widerstand hier untergebracht.

Über den Ort gibt es Streit: Die Oppositionsparteien wollen das Ehrenmal vor den Reichstag stellen, um den Parlamentariern ihre Verantwortung für Auslandseinsätze bewusst zu machen. Schließlich sei die Bundeswehr „Parlamentsarmee“. Unter denen, die diesen alternativen Aufstellungsort bevorzugen, sind auch diejenigen anzutreffen, die die Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich ablehnen (z.B. Die Linke). Für falsche Bundeswehreinsätze soll keine falsche Legitimation und Verherrlichung institutionalisiert werden.

Stellvertretend sei die Stellungnahme des Darmstädter Signals zitiert:

„Soldaten lehnen ein Denkmal im Bendlerblock ab!

Die im Arbeitkreises Darmstädter Signals (Ak DS) zusammengeschlossenen

aktiven und ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr haben sich mit dem von Verteidigungsminister Jung geplanten „Ehrenmal“ für Soldaten intensiv auseinandersetzt.

Wir meinen: 1. Die Planungen und Vorstellungen des Bundesministers der Verteidigung, Franz Josef Jung, für ein ‚Ehrenmal‘ im Dienst getöteter Soldaten, bereiten uns Unbehagen. Wir verstehen, dass ein Ort gesellschaftlicher Trauer hilfreich sein könnte – weniger für die Angehörigen, die mehrheitlich eine öffentliche Namensnennung ablehnen – als mehr für die Verantwortungsträger unseres Staates, deren Innehalten und Nachdenken vor Entscheidungen zur Ausweitung des Militäreinsatzes wir als Soldaten ausdrücklich wünschen.

2. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Das Parlament sollte ständig an seine Verantwortung erinnert werden. Diese Verantwortung ist nicht an das Verteidigungsministerium delegierbar. Ein Denkmal im Bendlerblock lehnen wir deshalb ab.

3. Wir haben die Sorge, dass die Opfer verfassungsrechtlich umstrittener Auslandseinsätze in falscher Weise nachträglich als begründet angesehen werden könnten.

4. Um Missbrauch und Fehlinterpretationen zu verhindern, muss die Diskussion um ein Denkmal nicht nur im Parlament, sondern jetzt endlich auch in der Öffentlichkeit angeregt und geführt werden.

5. Wir halten es für falsch, dass der Bundestag nicht an einer Entscheidung über die Denkmalgestaltung beteiligt war.

6. Der Kreis der zu ‚Ehrenden‘ sollte erweitert werden auf Polizisten und Entwicklungshelfer, die bei Auslandseinsätzen getötet wurden, sie stehen besonders für Frieden, Freiheit und weltweite Gerechtigkeit.“

Fazit:

Die Auseinandersetzung um das bundesdeutsche Soldaten-Ehrenmal, der neu entbrannte Streit um die Traditionspflege der Bundeswehr, beweist die Aktualität der jahrelangen Bemühungen in Mannheim, den „Volkstrauertag“ als Teil des militaristischen Totenkultes bewusst zu machen und zu kritisieren und zumindest örtlich die Trauer über die tatsächlichen Opfer von Kriegen und Faschismus in den Mittelpunkt zu rücken, um den Frieden zu fördern.

Die Stadt Mannheim sollte sich unter ihrem neuen Oberbürgermeister endlich von der militaristischen Tradition des Volkstrauertages gänzlich lossagen und die alternative Feierstunde unterstützen.

Thomas Trüper, Mitglied im AK Volkstrauertag Mannheim

Aus: Kommunal-Info Mannheim, (KIM), 14/07

Adam Tooze beschreibt die NS-Kriegswirtschaft

Als der Historiker Götz Aly Anfang 2005 mit seinem Buch „Hitlers Volksstaat“ kontroverse Diskussionen auslöste, antwortete ihm in der „taz“ der britische Historiker Adam Tooze. Aly's Buch sei lebenswert, seine These aber, der Nationalsozialismus sei eine spezifische Ausprägung von völkischem Wohlfahrtsstaat gewesen, der den Zweiten Weltkrieg weitgehend durch Beraubung und Ermordung der Juden und die Plünderung der besetzten Länder finanziert habe, sei schlicht falsch. Aly habe sich beim Vergleich der für die Kriegsführung verbrauchten inneren Ressourcen des NS-Reichs und der für den Krieg in den besetzten Gebieten geraubten äußeren Ressourcen „einfach verkalkuliert“. Der Anteil der letzteren habe nicht, wie von Aly behauptet, bei 70% der Kriegskosten gelegen, sondern nur bei 25 Prozent.

Jetzt hat Adam Tooze sein damals bereits fast abgeschlossenes, 2006 in England erschienenes Buch über Aufstieg und Vernichtung der NS-Wirtschaft unter dem deutschen Titel „Ökonomie der Zerstörung“ im Siedler-Verlag herausgebracht.

Das Buch ist – ja was eigentlich? Eine Art Wirtschaftsgeschichte des NS-Regimes von den ersten Anfängen – Tooze beginnt bei der Außen- und Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik unter Stresemann – bis zum Zusammenbruch des Regimes unter den Schlägen der Anti-Hitler-Koalition. Es ist auch ein Buch über Zwangsarbeit und Konzentrationslager und ihre Bedeutung für die Rüstung des NS-Regimes. Die auf 20 bis 30 Millionen Hungertote zielenden Überlegungen des „Generalplans Ost“ werden ebenso dargestellt wie die der millionenfache Mord der Nazi-Wehrmacht im besetzten Polen, die Gräueltaten der „Einsatzgruppen“ nach Beginn des Russlandfeldzuges, die kriegswirtschaftlichen Hintergründe einzelner Feldzüge der Nazi-Wehrmacht in Nordafrika und in der Sowjetunion ebenso wie der Kriegsverlauf im einzelnen und die gesamte Planung von Raub und Völkermord in sämtlichen Etappen des Krieges. Und schließlich ist das Buch auch eine spannend geschriebene Militärgeschichte. Vielleicht ist es gerade die Fülle der Themen, die das Buch manchmal anstrengend macht. Lesenswert und anregend ist es auf jeden Fall.

Weltwirtschaft und Welthandel

Das beginnt schon mit dem Einführungskapitel. Tooze beginnt mit einer knappen Skizze der Politik Stresemanns, der zur Zeit der Weimarer Republik bemüht war, mit Krediten aus den USA die im Versailler Vertrag er-

zwungenen Tribute des Deutschen Reiches an England und Frankreich einerseits zu finanzieren, andererseits aber politisch zu bekämpfen. Die USA sollten das Bemühen des Reichs unterstützen, die im Versailler Vertrag festgelegten Reparationen so bald wie möglich zu beenden. Diese Hoffnungen sollten zunächst grausam enttäuscht werden. US-Präsident Hoover, der im US-Wahlkampf den Mittleren Westen der USA mit dem Versprechen von Agrarprotektion gewonnen hatte, setzte 1929, zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, im Kongress auch noch höhere Schutzzölle gegen europäische Industriegüter durch. Damit war die Strategie Stresemanns gescheitert. Eine Spirale von Vertiefung der inneren Wirtschaftskrise, Schutzzollmaßnahmen, Rückgang des internationalen Handels, Finanz- und Banken Krisen setzte ein, die die Wirtschaft der Weimarer Republik ebenso wie die der anderen Wirtschaftsgrößenmächte immer tiefer in die Depression schickte.

Hier bricht Tooze ab, um zur „nationalistischen Wendung in der deutschen Außenpolitik von 1930/31“ überzuleiten. Die vielen Diskussionen um Weltwirtschaft, Welthandel und Weltwährungssystem, die sich auf die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1931 beziehen, wie auch die Konsequenzen, die daraus für die US-Politik, die deutsche, englische und französische Politik nach 1945 folgten, bleiben so unerwähnt. Das ist schade.

Rüstung oder Arbeitsmarktpolitik

Nächstes spannendes Thema: Die Wirtschaftspolitik Hitlers in den 30er Jahren. Hitlers Wirtschaftspolitik galt lange als Musterbeispiel keynesianischer Politik – doch inzwischen zweifeln Wirtschaftshistoriker an dieser These. Neue Arbeiten weisen nach: Nicht die zivile Arbeitsbeschaffung, sondern die Aufrüstung stand von Anfang an im Mittelpunkt der NS-Politik.

Bis heute wirkt die nationalsozialistische Propaganda, die den Bau der ersten Autobahnen begleitete, nach: Hartnäckig hält sich der Mythos, Hitler habe damit „die Arbeitslosen von der Straße geholt“. Dagegen zeichnet Tooze akribisch nach: Nicht zivile Arbeitsbeschaffung, sondern Aufrüstung stand von Anfang an im Mittelpunkt der NS-Politik. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit war nur ein Nebenprodukt dieser Kriegsvorbereitung.

„Das Ausgabenpaket, das (schon 1933) für das Militär geschürt worden war, übertraf bei Weitem alle Schritte, die man sich in Deutschland jemals zur Behebung der Arbeitslosigkeit überlegt hatte oder noch überlegen sollte.“ (S. 79) Ganz nebenbei wird auch die These



Adam Tooze
Ökonomie der
Zerstörung.
Die Geschichte
der Wirtschaft im
Nationalsozialismus.
Siedler Verlag,
München, April
2007, 928 Seiten,
ISBN 987-3-
88680-857-1,
44 Euro

von Götz Aly vom „NS-Wohlfahrtsregime“ widerlegt. „Im Jahr 1935 lag der Privatverbrauch noch immer um 7 Prozent unter dem Niveau, das er vor der Wirtschaftskrise gehabt hatte, die privaten Investitionen lagen sogar um 22 Prozent darunter. Im Gegensatz dazu waren die Staatsausgaben um 70 Prozent höher als im Jahr 1928. Und dieser Fakt erklärt sich fast ausschließlich durch den Militärhaushalt... war bereits 1935 ein Viertel der deutschen Industrie mit der Herstellung von unvermarkten Produkten aller Art beschäftigt.“ (S. 91/92)

Falsche Selbstbilder

Drittes Thema, das in dem Werk des britischen Historikers immer wieder auftaucht, ist die schon während der Weimarer Zeit auftauchende und bis weit nach 1945 fortlebende falsche Selbst einschätzung der deutschen Bevölkerung über die wirtschaftliche und technologische Leistungskraft des Deutschen Reiches. Das Reich war niemals so stark wie vielfach behauptet, betont Tooze. Mitte der 30er Jahre etwa entsprach das deutsche Pro-Kopf-Einkommen nur der Hälfte des amerikanischen Vergleichswertes, auch Großbritannien lag weit darüber. Ein Wohn- und Lebensstandard wie in den USA (Automobile, Radio, mehrere Zimmer umfassende Wohnungen auch für Facharbeiter) war für deutsche Normalverdiener unerreichbar. Mächtige internationale Konzerne wie die IG Farben, AEG oder die Vereinigten Stahlwerke waren zwar vorhanden. Was das deutsche Reich aber im internationalen Vergleich herunter zog, war die rückständige Landwirtschaft, von der rund neun Millionen Menschen lebten, und ein meist ebenso rückständiges Handwerk.

Auch in der Schilderung des Kriegsverlaufs kommt Tooze auf das Thema „falsche Selbsteinschätzung“ zurück, als er darauf hinweist, dass die Sowjetunion schon in den ersten Kriegsjahren, noch vor Beginn der US-amerikanischen Hilfslieferungen und trotz der enormen Verluste an Land und Menschen durch den Vormarsch der Nazi-Wehrmacht bis Winter 1941, dem NS-Reich in jedem Augenblick sowohl

→ der Menge der gefertigten Rüstungsgüter wie in deren technologischer Qualität überlegen war. Die russische Armee hatte nicht nur mehr, sondern auch technisch bessere Gewehre, Geschütze, Panzer und Flugzeuge als die Nazi-Wehrmacht. Der Mythos der angeblich überlegenen arischen Herrenrasse und der angeblichen slawischen Untermenchen war nicht nur menschenverachtend und mörderisch, er war auch, so weit damit ein Vergleich der wirtschaftlichen und technologischen Leistungskraft der deutschen und der russischen Wirtschaft in den Jahren 1941/42 gemeint ist, laut Tooze schlicht falsch.

Wobei solche Feststellungen auch schon früher, beispielsweise in den Ende der 60er Jahre erschienenen Memoiren von Marschall Shukow, dem Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen im Zweiten Weltkrieg, nachzulesen waren. In der hiesigen Geschichtsschreibung wurden solche Feststellungen aber noch über Jahrzehnte ignoriert. Sie passten schlicht nicht ins Weltbild.

USA: Vorbild und Hauptfeind

Hitlers Weltbild sei nicht nur politisch und rassebiologisch, sondern in hohem Maße auch ökonomisch geprägt, betont Tooze. Das ist nicht neu, ebenso wenig wie seine Feststellung, das Deutsche Reich sei zu keinem Zeitpunkt wirtschaftlich stark genug gewesen, um England, Russland oder gar die USA dauerhaft zu besiegen.

Die USA waren in der Weimarer Zeit Vorbild der deutschen Wirtschaft. In der NS-Zeit waren sie ständiges Menetekel an der Wand – der Versuch, vor Eintreten der USA auf dem europäischen Kriegsschauplatz scheinbar „vollendete Tatsachen“ zu schaffen, alle anderen Mächte zu schlagen und ein möglichst unangreifbares europäisches Imperium zu schaffen, bestimmte, wie Tooze betont und durch zahlreiche Quellen belegt, immer wieder die NS-Kriegspläne.

Insgesamt hat sich Tooze, der in Cambridge neuere europäische Wirtschaftsgeschichte lehrt, erkennbar bemüht, aktuelle Debatten und Studien zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus auszuwerten und in sein Buch einzubauen, etwa die Studien der letzten Jahre über das System der NS-Zwangsarbeit. Anderes in dem über 900 Seiten umfassenden Werk erinnert an frühere marxistische Studien über das NS-Regime. Im Literaturverzeichnis tauchen solche Autoren, etwa Dietrich Eichholtz oder Reinhard Opitz, aber nur am Rande auf, andere wie Bettelheim oder der schon genannte Marshall Shukow fehlen ganz.

Trotzdem: ein spannend geschriebenes, lesenswertes, enorm faktenreiches Buch.

Rezensiert:

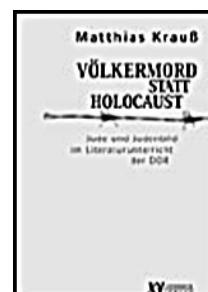
Völkermord statt Holocaust – Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR

War die DDR antisemitisch? War allein der kommunistische Widerstand Thema im Schulunterricht? Hat die DDR-Schule vierzig Jahre lang den Holocaust verschwiegen? Viele Fragen und unterschiedliche Antworten, denn vieles ist mittlerweile vergessen und ein schrages DDR-Bild fast schon gewohnter Alltag.

Erst kürzlich hat sich die Wochenzeitung „Freitag“ ausführlich damit beschäftigt, ob und wie die DDR antisemitisch war. Antisemitismus, Antizionismus und antiimperialistische Kritik an der Politik Israels wurden dabei von einander unterschieden. Wie nötig das ist, zeigt die aktuelle Diskussion, in der immer wieder jegliche Kritik an der Politik Israels schnell als antisemitisch abgetan wird.

Mathias Kraus hat sich nun mit den Wurzeln dieser Diskussion in der DDR beschäftigt – speziell mit der Auseinandersetzung um Faschismus und Holocaust im Schulunterricht der DDR. Tatsächlich hat sich die DDR-Schule mit dem Judentum so wenig beschäftigt wie mit dem Christentum und dem Islam. Auch wird man den Begriff Holocaust in den Schulbüchern, Lehrbüchern und Unterrichtsmaterialien der DDR nicht finden. Statt dessen ist vom Völkermord die Rede, den es tatsächlich nicht nur an jüdischen Menschen fast aller europäischen Völker gab, sondern auch an den Polen, Weißrussen, Ukrainern und den Völkern Jugoslawiens.

Wurde wegen dieses anders verwendeten Begriffes das Thema Judenverfolgung im DDR-Unterricht negiert? Keineswegs, denn allein über dreißig Texte setzten sich in den Schulbüchern von der sechsten bis zwölften Klasse mit den Themen Faschismus, Widerstand, Judenverfolgung, KZ und Völkermord auseinander. Zweifellos fielen dabei Behinderte, Sinti und Roma und auch Homosexuelle als Opfergruppe unter den Tisch. Aber die kritische Auseinandersetzung mit dieser Einseitigkeit der Opferbetrachtung hat in vielen Teilen Europas ihre eigene schwierige und langwierige Geschichte. Auch die Profilierung des kommunistischen Widerstandes in der DDR gegenüber vielfältigen anderen Widerstandsformen findet in



Mathias Krauß:
Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR
Anderbeck-Verlag
2007, 14,80 Euro,
ISBN
978-3-937751-39-9

der Überhebung des militärischen Widerstandes und dem zeitweiligen Ver-schweigen jeglichen Widerstandes sein durch den kalten Krieg geprägtes west-deutsches Pendant.

Den westdeutschen Leser wird überraschen, dass allein 85 Texte jüdischer Autoren im Anhang ausgewählt werden, die zum Lehrstoff des Literaturunterrichtes der DDR zählten und von denen er in seinem eigenen Schulunterricht vielleicht kaum etwas gehört hat. Ausführlich wird in diesen Texten auch auf das Thema Judenverfolgung eingegangen. Ein Fazit des Autors: Wenn Defizite vorhanden waren – den für die Deutschstunde ausgewählten Werken jedenfalls können sie nicht angerechnet werden. Bezeichnend ist auch die Auseinandersetzung mit der Judenverfolgung im faschistischen Deutschland außerhalb des Unterrichts. Der Roman von Peter Edel „Die Bilder des Zeugen Schattmann“ etwa und dessen vierteilige Verfilmung des DDR-Fernsehens aus dem Jahre 1973 zeigt detailliert den Rassismus, das perfide System der Judenverfolgung und deren Leben in Angst und Schrecken, die Kollaboration der deutschen Nachbarn aber auch die erfahrene Solidarität auf. Der Hauptdarsteller Gunter Schoß war beim Thema Völkermord in seiner eigenen Familie auf eisernes Schweigen gestoßen. Kein Wunder, denn seiner Vater war aktiver SS-Offizier. Die Auseinandersetzung mit dem faschistischen Völkermord hatte ihm erst die Schule ermöglicht und damit die Grundlage gelegt für sein eigenes antifaschistisches Wirken in Funk und Fernsehen.

Das Buch von Mathias Krauß wendet sich einerseits an die ostdeutschen Leser, erinnert sie an jene interessanten Themen zur Auseinandersetzung mit Krieg, Völkermord und Faschismus, denen kaum ein Schüler unter dem Diktat des Einheitslehrplanes entgehen konnte. Es zeigt dem Leser aber auch mögliche Interpretationen des Lesestoffes auf, die in der DDR unter den Tisch fielen oder nur selten aufgegriffen wurden. Dabei wird der einstige Schulstoff um Informationen ergänzt, die im Unterricht keine Rolle spielten, obwohl sie zur Einordnung und das Verständnis des jeweiligen Werkes wichtig gewesen wären. Das Buch wendet sich auch an den westdeutschen Leser, dessen Bild vom Schulunterricht der DDR aus nachvollziehbaren Gründen sicher deutlich anders ausfällt und der hier mit einer literarischen Welt konfrontiert wird, von deren Existenz er möglicherweise bislang nichts geahnt hat. Axel Holz (Aus: Antifa-Nachrichten Nr. 13, Juni 2007)

„Barbarenschatz“: Eine sehenswerte Ausstellung

Das Römische Museum Augsburg hat vom Historischen Museum der Pfalz eine Ausstellung übernommen, die noch bis 8. August hier zu sehen ist. Thema ist die Dokumentation sehr umfangreicher Funde im Rhein aus der Zeit um 260 nach Christus. Die Ausstellung ermöglicht eine überraschungsreiche Zeitreise in eine historische Situation, in der eine Weltmacht den Höhepunkt ihrer Macht hinter sich hatte und Angriffen von außen nicht mehr viel entgegen zu setzen hatte.



Oben: Das rekonstruierte Fürstengrab von Gommern: Germanische Fürsten haben sich des römischen Kunsthandschweks bedient. Links: Der Grenzverlauf in der Krisenzeit um 260 nach Christus: Germanische Stämme unternahmen zahlreiche Beutezüge.

Hier Auszüge aus der Homepage www.barbarenschatz.de:

**„Der Barbarenschatz
Geraubt und im Rhein versunken
noch bis 8. August 2007 (Friedensfest)
im Römischen Museum Augsburg**

Vor über 1.700 Jahren versank er in den Fluten des Rheins: der einmalige „Barbarenschatz“ aus dem rheinland-pfälzischen Neupotz, etwa 30 km entfernt von Speyer. Mit über 1.000 Stücken aus Silber, Bronze, Messing und Eisen und einem Gewicht von mehr als 700 kg ist er der größte römerzeitliche Metallfund Europas. In einem internationalen Großprojekt präsentiert das Römische Museum Augsburg gemeinsam mit Museen in Deutschland, Belgien und Luxemburg diesen facettenreichen Fund der Öffentlichkeit.

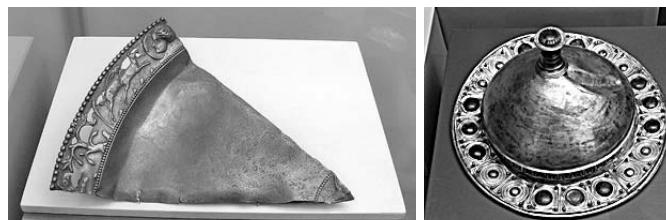
Der Fund stammt aus einer Zeit, als sich das Römische Reich in einer schweren Krise befand: Germanen bedrohten die Reichsgrenze. Von Habgier und Not getrieben, überwanden die Germanen in der zweiten Hälfte des 3. Jh. n. Chr. den Limes und drangen in Rätien, das u. a. Teile des heutigen Bayerns umfasste, und in die gallisch-germanischen Provinzen ein. Gutshöfe, Siedlungen und sogar Heiligtümer fielen den Plünderern zum Opfer. Auf ihren Beutezügen stießen die Eindringlinge tief nach Gallien und sogar bis zu den Pyrenäen vor. Vermutlich versuchte eine auf der Lauer liegende römische Flotte, die mit Beute beladenen Eindringlinge auf ihrem Heimweg beim Überqueren des Rheins abzufangen. Bei den folgenden Kampfhandlungen versank ein Teil der Beute im Fluss.

Der „Barbarenschatz“ besteht aus Metallobjekten unterschiedlichen Charakters wie Sakralgeräten, Waffen, Münzen, Tafel- und Küchengeschirr so-

wie Werkzeugen, Boots- und Wagenzubehör. Zur Beute der alamannischen Räuber gehörten aber auch Lebensmittel, Kleidung, Vieh, ja sogar Handwerker, die aufgrund ihres technischen Könnens sehr begehrt waren.

Außer dem Schatzfund von Neupotz werden zahlreiche weitere spektakuläre Fundstücke gezeigt: Weihgeschenke an die Götter und Schmuck aus dem Beutefund von Hagenbach (bei Karlsruhe). Das faszinierende Fürstengrab von Gommern (Sachsen-Anhalt) mit seinen zahlreichen römischen Objekten zeigt, dass den Germanen die Rheinüberquerung mit ihrer Beute auch manches Mal gelang.“

Soweit der Auszug aus der Homepage. Es fällt auf, dass der Standpunkt der



Links: Hacksilber. Ein Silberteller aus dem Barbarenschatz: Er wurde zerhackt, damit man den Wert aufteilen konnte. Rechts: Schildbuckel. Manche Gegenstände wurden umfunktioniert: der germanische Schildbuckel war ursprünglich eine römische Silberschale.

historischen Beurteilung eher der römische als der germanische ist. Der Titel der Ausstellung erscheint dabei widersprüchlich – einerseits handelt es sich offenbar um die Übernahme der römischen Begrifflichkeit, wenn von Barbaren die Rede ist. Andererseits handelt es sich ja nach römischem Rechtsstandpunkt sicherlich um einen römischen Schatz, nicht um einen Schatz der Barbaren.

Die Sachen sind sehenswert. Man kann die hohe Kunst und die handwerklichen Fertigkeiten aus der damaligen Zeit nur bewundern. Und man staunt vor der Tatsache, dass verschiedene kunstvolle Erzeugnisse von den

Erbeutern offenbar nur nach ihrem Materialwert beurteilt wurden: zur Teilung der Beute wurde beispielsweise ein reich verziertes silberner Teller in mehrere gleiche Teile zerhackt – der Silberwert war teilbar, aber kein Teil des Tellers ist als Teller noch zu gebrauchen.

Manifestiert sich hier ein Kulturmagazin der Germanen? Hatten sie keinen Sinn für Schönheit? Oder hatten sie womöglich eine andere Ästhetik, die sie auch mittels solcher Zerstörung von römischen Artefakten durchsetzen wollten? Kann man, mit anderen Worten, eine Parallele zu heutigen Entwicklungen ziehen, wo Kräfte aus dem Islam eine eigene Wertordnung gegen das westliche System setzen wollen?

Nach dem Befund der Ausstellung und nach der Interpretation im Katalog würde eine solche Deutung zu weit gehen. Der Schlüsselbegriff ist das sog. Hacksilber, also die Zerteilung von ästhetisch und materiell wertvollen Gegenständen unter dem Gesichtspunkt des Materialwerts. Es wird von der Archäologie nicht in erster Linie als Zerstörung von Ästhetik gesehen, sondern als pragmatische Maßnahme im Rahmen des Warentauschs. Dieses Phänomen hat es in vielen Kulturen gegeben, es entspricht dem heutigen großen Geldschein, der gewechselt werden muss, um kleinere Werte einzutauschen zu können. Das Fürstengrab von Gommern, das in einer Rekonstruktion gezeigt wird, dokumentiert, dass die germanischen Fürsten es keineswegs ablehnten, sich römischer Kunst- und Gebrauchsgegenstände zu bedienen.

Auch viele andere Gesichtspunkte sind aus der reichhaltigen Ausstellung zu gewinnen. Die Karte zeigt den Grenzverlauf zwischen Römischem Reich und Germanen mit dem Limes – und diese Linie entspricht annähernd dem Verlauf zwischen heute katholisch und protestantisch geprägten Gegenden. *mf*

19. bis 22. Juli. Oberhof/Thüringen. Gegen den Terror des Krieges - Friede den Hütten. Sommerakademie des Friedensratschlags. Mit dieser Sommerakademie wollen wir gemeinsam mit anderen interessierten Menschen aus dem In- und Ausland Alternativen zur vorherrschenden Gewaltpolitik aufzeigen, mit WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, Aktiven der Friedensbewegung und anderer sozialer Bewegungen neue Kompetenzen erwerben und Konzepte für die Praxis entwickeln, in Exkursionen zum ehemaligen KZ-Buchenwald und zum Biosphärenreservat Rhön Gemeinsamkeiten mit der antifaschistischen und Ökologiebewegung erarbeiten und in einer schönen Umgebung mit ausreichend Freizeit in einer entspannten Atmosphäre einander kennen lernen und ins Gespräch kommen, miteinander diskutieren und natürlich auch feiern. Weitere Hinweise (Programm, Anmeldung, Kosten usw.): www.sommerakademie-frieden.de/programm.htm Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag, c/o DGB Kassel, Spohrstraße 6, 34117 Kassel. Mail: info@sommerakademie-frieden.de. Telefon: Sommerakademie-Hotline: 0151 - 51 66 34 95.

Linke Sommerschule in Erfurt, bitte anmelden!

Näheres zu den Themen siehe Pol. Ber. 13, Seite 22/23.

2. bis 5. August. Erfurt. *Linke Sommerschule*. Thema Kurs „Kulturwissenschaften“: Gesellschaft/Gemeinschaft. Thema Kurs „Wirtschaft“: Welthandel, wahrscheinlich Wirtschaftsraum USA-Europa.

24./25. August. Hessen. *Landesparteitag Die Linke*.

2. September. Schleswig-Holstein. *Landesparteitag Die Linke*.

8./9. September. Niedersachsen. *Landesparteitag Die Linke*.

15./16. September. Nordrhein-Westfalen und Bayern. *Landesparteitag Die Linke*.

28./29. September. 72. *Parteitag der CSU, Vorstandswahlen*.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. 2. *Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi*.

ZIGARETTEN
BAYER-Gifte pur

STICHWORT
BAYER

TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT

Widerstand gegen Konzernmacht.
Konkret, spannend, international.

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

20. Oktober. Baden-Württemberg. *Landesparteitag Die Linke*.

26 bis 28. Oktober. Hamburg. *Vorstandswahlen und Beschluss über ein neues Programm*.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. *Gewerkschaftstag der IG Metall*.

22. bis 25. November. Hamburg. 1. *Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke*.

23. bis 25. November. Nürnberg. *Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz*.

24. November. Berlin. *Beratung der BundesAG Kommunalpolitik der Partei Die Linken*.

25. November. Prag. II. *Kongreß der Europäischen Linkspartei*.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräs.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html